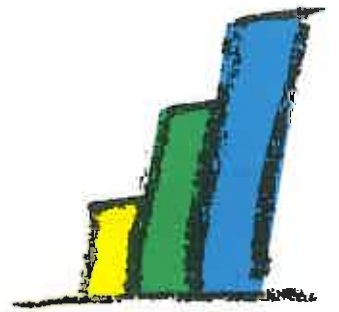


daten & fakten



1'2000

MAGAZIN DES LANDESAMTES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK BRANDENBURG

Erstmals vergeben: Der „Gerhard-Fürst-Preis“

Im Rahmen des 8. Wissenschaftlichen Kolloquiums zum Thema „Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie“, das das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 18. und 19. November 1999 in Wiesbaden veranstaltete, wurde erstmals der „Gerhard-Fürst-Preis“ vergeben.

Mit ihm werden herausragende Dissertationen und Diplom- bzw. Magisterarbeiten ausgezeichnet, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Der Preis soll zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik beitragen und junge Nachwuchswissenschaftler zu empirischen Forschungen anregen, zu denen die amtliche Statistik mit ihren Daten wichtige Grundlagen bieten kann. Auch Arbeiten über Methodenfragen der amtlichen Statistik können ausgezeichnet werden.

Erste Preisträger wurden Herr Dr. Yuanhua Feng mit seiner Dissertation zum Thema „Kernel-and Locally Weighted Regression with Application to Time Series Decomposition“ und der zweite Preis ging an Frau Dr. Heike Wirth mit ihrer Doktorarbeit „Bildung, Klasselage und Partnerwahl. Eine empirische Analyse zum Wandel der bildungs- und klassenspezifischen Heiratsbeziehungen“.

Der „Gerhard-Fürst-Preis“ erhielt seinen Namen nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Gerhard Fürst hat die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in



Dr. Gerhard Fürst

Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt.

Die Prämie für eine auszuzeichnende Dissertation beträgt 5000 Euro und für eine auszuzeichnende Examensarbeit 2500 Euro. Darüber hinaus können prämierte Arbeiten – ggf. auszugsweise – in

der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Bundesamtes „Spektrum der Bundesstatistik“ publiziert werden.

Über die Vergabe des Preises entscheiden jährlich fünf namhafte Wissenschaftler, die in ein Gutachtergremium berufen wurden.

Bis zum 31. März 2000 können in diesem Jahr Arbeiten beim Statistischen Bundesamt von den sie betreuenden Wissenschaftlern zur Prämierung vorgeschlagen werden.

Die Preise werden im Rahmen des am 23./24. November 2000 vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquiums verliehen.

Die konkreten Modalitäten zum Gerhard-Fürst-Preis erfährt man beim „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ im Statistischen Bundesamt unter der Telefonnummer: 0611-752695, per E-Mail: institut@statistik-bund.de oder im Internet unter: www.statistik-bund.de.

Impressum

Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/39-405, Telefax: 0331/39-418
E-mail: info@lds.brandenburg.de/lds/

Schriftleitung: Antje Leutholf

Stellvertreter: Fritz W. Ebert

Redaktion: Torsten Haseloff, Birgit Merten, Sabine Reichert, Regina Rothe, Joachim Hübner, Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Renate Sonntag, Brigitte Thein

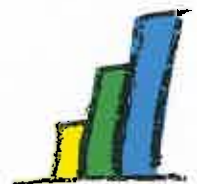
ISSN: 1430-2071

Bezugspreis: 5,00 DM pro Heft

daten & fakten erscheint halbjährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.



daten & fakten



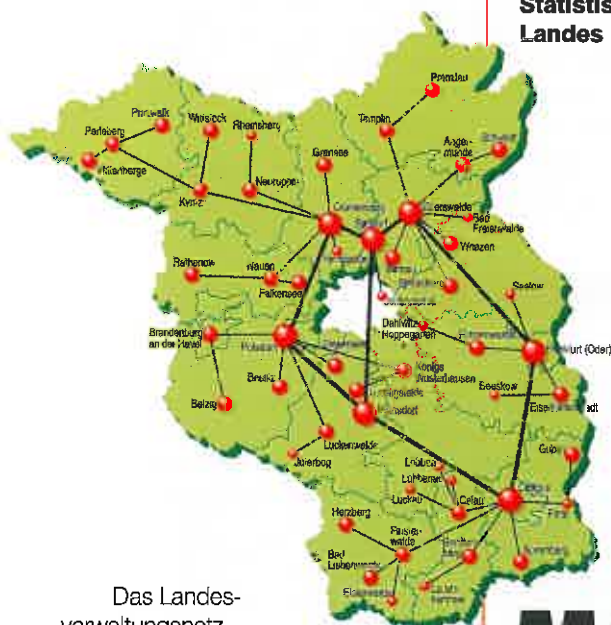
Der Amtsschimmel verblasst – Marketingkonzept der Statistischen Ämter

12

Der „Gerhard-Fürst-Preis“	2
Kurzinformationen	4
Eine „amtliche“ Rück- und Vorschau	6
Rückblick auf eine Dienstreise	8
Der Amtsschimmel verblasst	12
Ein Tag auf der Frankfurter Buchmesse	20
Lebenserwartung im Land Brandenburg	21
Die Informationen sollen laufen, nicht der Bürger!	24
Statistische Daten im Internet	28
„Spar“-Tor zum Mobilfunk D2	30
Bücher	31
Statistisches Jahrbuch des Landes Brandenburg	32



8 Rückblick auf eine Dienstreise



Das Landesverwaltungsnetz – Chancen für eine bürgernahe Verwaltung

24

MAGAZIN
DES LANDESAMTES
FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
BRANDENBURG **1'00**

<http://www.brandenburg.de/lds>



28 Statistische Daten im Internet

Verdienstanstieg im Produzierenden Gewerbe 1999

– Dennoch: Frauen verdienen weniger

Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Brandenburgs Produzierendem Gewerbe verdiente 1999 im Monatsdurchschnitt 4045 DM brutto. Das waren 125 DM (3,2 Prozent) mehr als 1998.

ArbeiterInnen und Arbeiter erhielten mit 3571 DM einen um 101 DM bzw. 2,9 Prozent höheren Bruttomonatslohn als 1998. Da die wöchentliche Arbeitszeit geringfügig um 0,1 Stunden auf 39,3 Stunden sank, wird der Lohnzuwachs aus der Erhöhung des Stundenlohnes um 3,0 Prozent auf durchschnittlich 20,84 DM erklärt. Der Stundenlohn eines Arbeiters betrug 21,17 DM, seine Kollegin erhielt 18,67 DM. Damit blieb der Unterschied in der Lohnhöhe zwischen den Geschlechtern 1999 im Vergleich zu 1998 nahezu unverändert.

Angestellte (ohne leitende Angestellte) kamen im Produzierenden Gewerbe 1999 auf ein durchschnittliches Bruttomonatsgehalt



von 5071 DM. Der Zuwachs war mit 156 DM (3,2 Prozent) höher als der Lohnanstieg der ArbeiterInnen. Die Männergehälter legten 1999 mit durchschnittlich 201 DM (3,7 Prozent) Wachstum kräftiger zu als die der Frauen mit 111 DM (2,6 Prozent). Der Verdienstunterschied zugunsten der Männer fällt bei den Angestellten im Produzierenden Gewerbe

mit 5663 DM zu 4344 DM noch wesentlich deutlicher aus als bei den Arbeitern

Leicht sinkende Baupreise 1999

Für die Entwicklung der Baupreise im Land Brandenburg ist für das Jahr 1999 weiterhin ein Preisverfall gegenüber den Vorjahren kennzeichnend. Die durchschnittliche jährliche Veränderung 1999 zu 1998 wies eine Preissenkung von 1,2 Prozent aus (1998/97: -1,7 Prozent, 1997/96: -0,3 Prozent).

Eheschließungen am 9.9.1999 mit Spitzenwert

Am denkwürdigen Datum **09.09.1999** gaben sich im Land Brandenburg 1167 heiratswillige Paare das Ja-Wort. Das waren ca. 57 Prozent der Eheschließungen des Gesamtmonats September 1999. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurden im September 1999 damit zweieinhalbmal mehr Ehen geschlossen. Durch die Zahlenkombination „9.9.99“ ist der September bisher der absolute Spitzenreiter bei der Heiratsfreudigkeit (im Jahr zuvor war es der Monat August).

Die meisten Ehen wurden an diesem Tag im Landkreis Märkisch-Oderland (115) geschlossen, gefolgt von den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (112) und Oder-Spree (110).

Betrachtet man den Anteil der Eheschließungen am 09.09.1999 an den Eheschließungen des Gesamtmonats September in den einzelnen Kreisen, so nahm hier der Landkreis Prignitz die Spitzenposition ein.

Im Land Brandenburg ist seit 1990 die Anzahl der Eheschließungen deutlich zurückgegangen. Seit 1998 ist jedoch ein Aufwärtstrend erkennbar. Das unterstreicht zwar, dass auch in Brandenburg wieder mehr geheiratet wird, allerdings um über die Hälfte weniger als vor der Wende. Gaben sich 1989 noch 21 151 heiratswillige Paare das Ja-Wort, so erreichte mit einer Zahl von jeweils 7 901 in den Jahren 1992 bzw. 1993 die Heiratsfreudigkeit einen Tiefpunkt. Im Jahr 1998 wurden 9 266 Ehen geschlossen. Im Zeitraum vom 01.01. bis 30.09. 1999 wurden in Auswertung der vorläufigen Ergebnisse bereits 8 460 Eheschließungen registriert. Das sind bereits ca. 90 Prozent der im Vorjahr geschlossenen Ehen.

Wussten Sie schon?

- Anfang 1999 stand in jedem dritten Brandenburgischen Privathaushalt (36,3 Prozent) mindestens ein **Personalcomputer**.
- An das **Internet** angeschlossen bzw. Nutzer von Online-Diensten waren 6,2 Prozent der Privathaushalte. Über einen **ISDN-Anschluss** dagegen verfügten nur 2,6 Prozent.
- Knapp zwei Drittel der Haushalte hatte einen **Videorecorder**; mehr als die Hälfte eine **Hi-Fi-Anlage**.



- Einen **Kabelanschluss** nutzten annähernd 71 Prozent der Haushalte und etwa jeder vierte Haushalt empfing die

Programme mit einer **Satellitenanlage**.

- Der Ausstattungsgrad mit modernen elektrischen Haushaltsgeräten war Anfang 1999 hoch. So besaß fast die Hälfte der Haushalte ein **Mikrowellengerät**, nahezu ein Drittel hatte einen **Geschirrspüler** und in 14 Prozent der Haushalte wurde die Wäsche bereits mit einem elektrischen **Wäschetrockner** getrocknet.

(Diese Angaben sind den ersten Ergebnissen der „Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ entnommen.)

Erstmals über 30 000 Studierende an Brandenburgs Hochschulen

**Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen-schaften am
gefragtesten**

Im Wintersemester 1999/2000 sind nach ersten vorläufigen Meldungen der elf Hochschulen des Landes Brandenburg 30 087 Studierende als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben, 2 556 bzw. 9,3 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Damit stieg die Studierendenzahl gegenüber dem Jahr 1991 – dem Jahr mit den meisten Neugründungen brandenburgischer Hochschulen – sogar auf das Dreieinhalbfache.

Über die Hälfte aller Studierenden sind Frauen (15 157), dennoch verringerte sich die Frauenquote gegenüber dem Vorjahr von 51 auf 50,4 Prozent.

Auch für ausländische Studierende werden die brandenburgischen Hochschulen zunehmend attraktiver. So sind zur Zeit 2 755 Ausländer an den Hochschulen eingeschrieben; im Vorjahr waren es 2 390 und im Jahr 1991 nur 52. Den höchsten Anteil ausländischer Studenten hat mit 40,7 Prozent – entsprechend ihrem internationalen Charakter – nach wie vor die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

5 895 Studierende, soviel wie niemals zuvor, begannen erstmals ein Studium an einer brandenburgischen Hochschule, darunter ein Drittel an einer der fünf Fachhochschulen des Landes (ohne Verwaltungsfachhochschulen). Auch die Zahl der Studienanfänger im ersten Fachsemester erreichte mit 7 674 Einschreibungen seit 1991 einen Höchststand.

Außer an den beiden Verwaltungsfachhochschulen



Brandenburgs Tourismus boomt

Seit Jahresbeginn nutzten 2,6 Millionen Besucher – soviel Menschen wie das Land Einwohner hat – mit 7,4 Millionen Übernachtungen Brandenburgs Beherbergungseinrichtungen. Damit war bereits Ende November sowohl die Anzahl der Gäste als auch die der Übernachtungen höher, als im gesamten Jahr 1998.

ist an allen anderen neun Hochschulen des Landes ein Zuwachs an Studierenden zu verzeichnen.

An den drei Universitäten studieren zur Zeit 19 770 Personen, 1 520 (8,3 Prozent) Studierende mehr als im Wintersemester 1998/99.

Die Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg ist die einzige Kunsthochschule im Land Brandenburg und hat derzeit 587 Studierende.

Die Zahl der Studierenden an den fünf Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) stieg um 1 129 auf 9 206. Damit streben 30,6 Prozent aller Studierenden einen Abschluss an einer Fachhochschule an.

Rückläufig dagegen ist weiterhin die Studierendenzahl an den beiden Verwaltungsfachhochschulen in Basdorf und Königs Wusterhausen. Dort sind insgesamt 99 Studierende weniger eingeschrieben als im Vorjahr.

Zu den gefragtesten Fächergruppen gehören weiterhin Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im ersten Studienfach sind hier 12 408 Studierende eingeschrieben. Es folgen die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (5 777), Ingenieurwissenschaften (5 393), Mathematik, Naturwissenschaften (3 655), Mathematik, Naturwissenschaften (3 655), Kunst, Kunstwissenschaft (1 462), Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (710) und Sport (682).

„Bevölkerungs- entwicklung und Flächen der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden des Landes Brandenburg 1998“ ...

...heißt eine LDS-Veröffentlichung, in der für jede Gemeinde des Bundeslandes – ausgehend vom Bevölkerungsstand am Jahresanfang 1998 – die **natürliche** (Geburten und Sterbefälle) und **räumliche** (Zu- und Fortzüge) **Bevölkerungsbewegung** des Jahres ausgewiesen wird. Ergebnis ist der Bevölkerungsbestand vom 31.12.1998 und die Veränderung der jeweiligen Bevölkerungsstruktur gegenüber dem Ausgangsbestand vom 01.01.1998. Darüber hinaus ist für jede Gemeinde des Landes Brandenburg die **Territoria-
lfläche** und die jeweilige **Bevölkerungsdichte** angegeben

Interview mit Herrn Steenken

Eine „amtliche“ Rück- und Vorschau



Arend Steenken,
Direktor des Landesamtes
für Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg und Landeswahlleiter
des Landes Brandenburg

d&f: Herr Steenken, das Jahr 2000 ist angebrochen und alle PC-Besitzer haben davor gezittert, was die Jahr-2000-Wende bringen würde. Wie haben Sie den Jahreswechsel verbracht?

Herr Steenken: Ich habe den Jahreswechsel gemeinsam mit Freunden in der Nähe von Dresden verbracht. Wir sind sehr ruhig, sehr angenehm und sehr schön in das neue Jahr, Jahrzehnt, Jahrhundert oder Jahrtausend gekommen. Ich glaube wir sollten nicht die Frage erörtern, ob das Jahrtausend nun begonnen hat oder ob das alte zu Ende war oder nicht.

d&f: Sie sind also ganz beruhigt in das neue Jahrtausend gegangen, denn das LDS BB war ja sehr gut vorbereitet auf den Wechsel.

Herr Steenken: Ich glaube, wenn man es nachvollziehen will, wird man feststellen können, dass wir eigentlich keine Hektik im Amt mit der „Jahr-2000-Problematik“ – der sogenannten Problematik – gehabt haben. Wir sind seit Jahren auf diese Fragestellung eingestellt gewesen. Die Vorbereitungen sind entsprechend gelaufen und ich glaube nach außen hin hat man auch erkennen können, dass wir dieses Problem nicht so gesehen haben, wie es von vielen befürchtet worden ist, dass nämlich damit ein unausweichliches Chaos verbunden sein würde.

d&f: Wann hatten Sie Gewissheit, dass es gut gelaufen ist?

Herr Steenken: Vorher! Denn ansonsten wäre ich nicht zu Freunden nach Dresden gefahren.

D&f: Dann waren Sie sicherlich einer der wenigen, die so optimistisch den Jahreswechsel entgegengesehen haben.

Herr Steenken: Ich glaube nicht, dass ich hier im Amt einer der wenigen war, sondern ich hatte auch das Gefühl und den Eindruck, dass eine bestimmte Gelassenheit erkennbar war. Wir haben das getan, was zu tun war. Wir hatten auch das Gefühl der Sicherheit und ich glaube diese Selbstsicherheit muss man auch haben können. Es war natürlich sichergestellt, dass ich erreichbar war.

d&f: Herr Steenken, so ein Jahreswechsel ist nun die Möglichkeit auch einen Blick zurück zu werfen ins Jahr des Jahrtausendwechsels. Seit wann sind Sie eigentlich in Brandenburg?

Herr Steenken: Ich bin in Branden-

burg seit Anfang 1990. Erst sporadisch und in der zweiten Jahreshälfte auf Dauer.

d&f: Wenn Sie diesen Zeitraum seit 1990 betrachten: Was sind so die Meilensteine, die für Sie und für das LDS wichtig waren?

Herr Steenken: Der entscheidende Meilenstein ist sicher das Jahr 1990 gewesen. Oder noch eher, das Jahr 1989 mit der Wende. Und dann das Jahr 1990 mit der deutschen Wiedervereinigung und der damit verbundenen Aufgabe, ein völlig neues Statistisches System einzuführen und im Laufe der Aufbauarbeiten eines Statistischen Landesamtes Brandenburg mit der Aufgabe konfrontiert zu werden, dass in dieses Amt auch eine Landesdatenverarbeitungszentrale integriert werden sollte. Diese Aufgabenstellung, verbunden mit einem neuen, föderalen Staatsaufbau, war doch sehr vielfältig. Sie war immer wieder mit neuen Überraschungen versehen. Denn das Ganze war ja auch verbunden mit der Abwicklung der drei Bezirksamter, der 43 Kreisstellen und einer völlig neuen Organisation der Statistik. Insofern war es spannend, aufregend – manchmal aber auch menschlich sehr deprimierend.

d&f: Das war ja sozusagen noch die ganz frühe Zeit. Welche Meilensteine würden Sie in den letzten Jahren sehen?

Herr Steenken: Wir haben immer Meilensteine gehabt. Ein entscheidender war sicher in der Mitte der neunziger Jahre die Feststellung, dass wir ein funktionierendes eigenes Rechenzentrum haben. Vorher konnten wir unsere Aufga-

ben nur durch die sehr umfassende Unterstützung lösen, die wir aus Nordrhein-Westfalen erfahren hatten.

Ein weiterer Meilenstein für mich persönlich war die Übertragung der Aufgaben des Landeswahlleiters. Mit dieser Aufgabe haben wir nämlich nach außen sehr eindrucksvoll belegen und bestätigen können, dass das LDS Brandenburg in der Lage ist, diese Aufgaben wahrzunehmen, nämlich in der Kombination aus Statistik und Datenverarbeitung. Das Nebenamt des Landeswahlleiters wurde, meine ich, erfolgreich ausgeübt.

d&f: Wenn wir jetzt den Blick zurückgeworfen haben, was liegt näher, als dass man auch vorausschaut. Zu mir hat letztes jemand gesagt, er wünscht mir alles Gute für das nächste Jahrtausend. Das wäre sicherlich etwas lang. Für welchen Zeitraum trauen Sie sich für das LDS eine Prognose aufzustellen?

Herr Steenken: Die Frage lässt sich einfach salopp beantworten, dann würde ich sagen, für die nächsten fünf-einhalb oder fünfdreiviertel Jahre. Am 30. September 2005 muss ich – ich betone: muss nicht darf – muss ich aus dem Dienst ausscheiden. Ich werde dann 65 Jahre alt sein und nach den dienstrechtlichen Regelungen muss ich also aus dem Dienst ausscheiden. Wenn ich also nur diesen Zeitraum betrachte, ist die Prognose sehr kurz und knapp. Aber ich glaube, auch von den Fragestellungen her mit denen wir konfrontiert werden, sind die nächsten fünf Jahre wieder Jahre, die doch wichtige Meilensteine beinhalten werden.

Ich darf nicht verhehlen, dass wir in der Diskussion stehen, wie die Umwandlung einer Behörde in einen Landesbetrieb nach § 26 Landeshaushaltsordnung ablaufen kann. In Verbindung damit werden wir Diskussionen haben über die neue Struktur des Amtes, denn die strukturellen Veränderungen des vergangenen Jahres müssen ja begleitet sein von strukturellen Veränderungen im Hinblick auf den Landesbetrieb. Wir werden als Betrieb organisatorisch vom Ministerium abgenabelt. Wir werden zwar rechtlich unselbstständig bleiben, aber doch sehr viel mehr Eigenverantwortung bekommen. Im Hinblick auf diese Eigenverantwortung werden wir uns strukturell verändern müssen. Sehr wichtig ist aber zu wissen, dass wir als Betrieb nicht gewinnorientiert arbeiten werden, sondern kostendeckend arbeiten müssen bzw. kostendeckend arbeiten sollen. Wir müssen also beispiels-

weise unseren Vertrieb oder unser Marketing strategisch überdenken und wir müssen hierfür eine andere Organisationsform finden, als wir sie jetzt haben.

d&f: Wenn Sie das als Hintergrund nehmen, welche Hoffnungen und Wünsche setzen Sie dann in die nächsten Jahre?

Herr Steenken: ... dass wir mit der neuen Organisationsform als Betrieb noch besser in der Lage sein werden, unsere Aufgaben zu erfüllen. Nicht nur die Pflichtaufgaben, die uns übertragen worden sind, durch den Errichtungser-



lass und andere Vorgaben – denken wir an die IT-Richtlinien –, sondern auch zusätzliche Aufgaben. Wir streben die Veränderung nicht an, weil wir bislang „schlecht“ gearbeitet hätten. Nein – wir wünschen uns die Veränderung, um künftig die Aufgaben noch „besser“ erledigen zu können, die wir jetzt „gut“ erledigen.

... dass wir flexibler reagieren können mit einem Personalbestand, über den wir flexibel entscheiden können. Mit eigenen Sachmitteln können wir flexibler ad hoc und kurzfristig reagieren.

... wenn wir die Arbeitszeitflexibilität beibehalten,

... wenn wir weiterhin Rücklagen bilden können, haben wir sehr viel mehr Freiräume und auch mehr Freiheitsgrade, um bei neuen Aufgaben entscheiden und handeln zu können, als uns wie bisher am engen Konzept rechtlicher Vorgaben orientieren zu müssen.

d&f: Wenn wir das jetzt mal ein wenig trennen und den Bereich Statistik be-

trachten, welche Wünsche hätten Sie da, was sich tun soll?

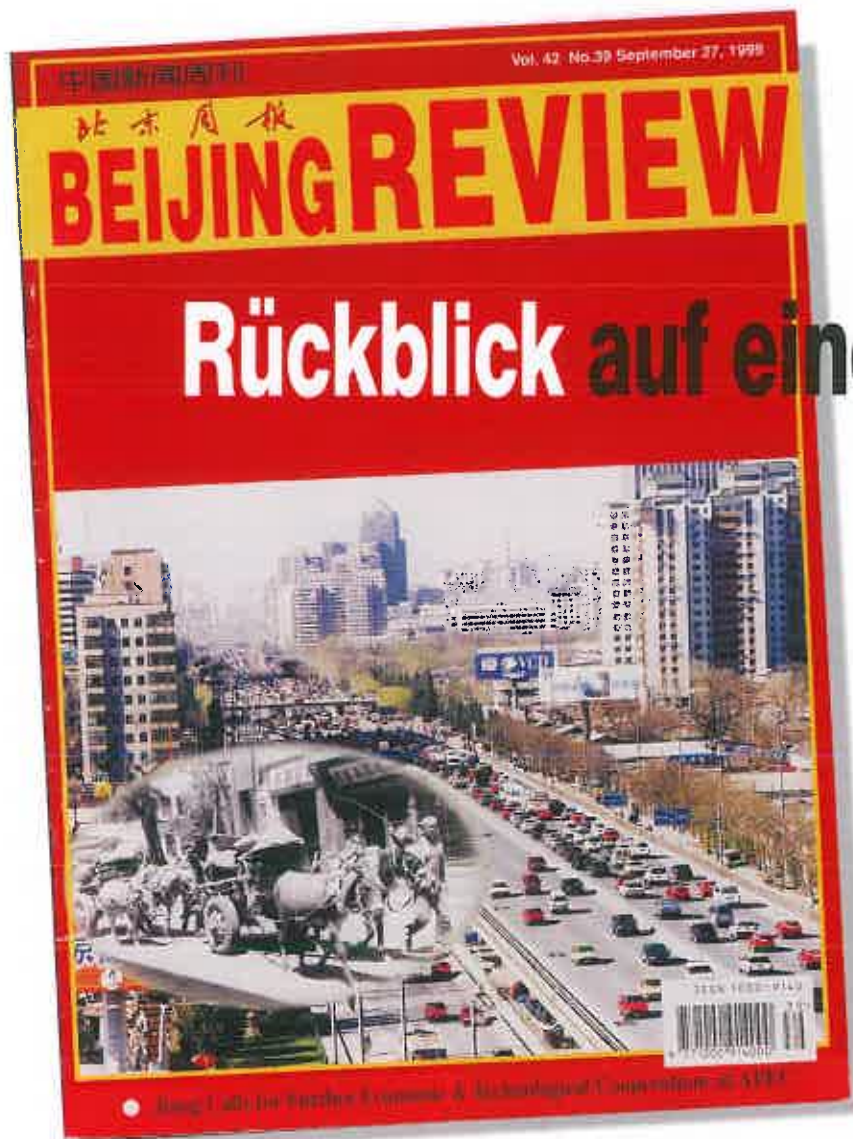
Herr Steenken: Ich wünsche mir, dass wir im Bereich der Statistik in sehr viel höheren Maße die informationstechnischen Möglichkeiten nutzen, als wir es bislang tun konnten. In den vergangenen zehn Jahren, – Sie wissen dass wir im Statistischen Verbund der Ämter, des Bundes und der Länder arbeiten – war der Verbund doch sehr stark konzentriert auf die Durchführungsphase und auf die Aufbereitungsphase einer statistischen Erhebung und das Ganze in hohem Maße papierorientiert. Ich würde mir wünschen, dass wir in hohem Maße eine medienbruchfreie Kette bei der Durchführung einer statistischen Erhebung bilden. Dass wir die Daten online bekommen, diese online verarbeiten können und dann zur Ergebnisauswertung kommen, ohne dass zwischendurch Papier oder Printmedien eingeschaltet werden müssen. Ich würde mir auch wünschen, dass das statistische Instrumentarium sich daran orientiert. Nicht nur im amtlichen Bereich sondern auch im gewerblichen Bereich.

Und weiter, dass wir Rechtsgrundlagen bekommen, die uns in die Lage versetzen, auch kurzfristig auf geänderte Fragestellungen zu reagieren. Dass wir uns nicht vorhalten lassen müssen, statistische Sachverhalte zu erfassen, die gesellschaftlich und wirtschaftlich eine abnehmende Bedeutung haben, und wir andererseits nicht in der Lage sind, die bedeutungsvollen Wirtschaftsbereiche in unseren statistischen Analysen einzubeziehen. Ich denke dabei beispielsweise an den Dienstleistungsbereich.

Ich würde mir auch wünschen, eine engere Kooperation zu bekommen, zwischen der gewerblichen, der wissenschaftlichen und der amtlichen Statistik. Gemeinsam sind wir sehr viel stärker, effizienter als wir es getrennt nebeneinander sein können. Und die neue Rechtsform als Betrieb bringt uns auch hier Möglichkeiten, andere Formen der Kooperation zu finden, als wir es bisher tun konnten. Wir sind schon sehr weit mit Partnerschaften, mit strategischen Partnerschaften. Wir haben Public-Private-Partnerships. Wir müssten so etwas auch im Bereich Public-Public-Sektor anstreben. Ich glaube, da können wir noch sehr viel tun.

d&f: Herr Steenken, recht vielen Dank!

Das Interview für „daten & fakten“ führte Antje Leutholf



Rückblick auf eine Dienstreise

Allen Lesern, die im folgenden Beitrag einen Dienstreisevermerk im klassischen Sinne über meinen Einsatz beim *National Bureau of Statistics* der VR China (NBS) im September 1999 erwarten, muss ich enttäuschen. Ich möchte hier mehr die Eindrücke und das Drumherum dieser Chinareise vermitteln. Die über dem Artikel stehenden chinesischen Schriftzeichen sind der jeden Montag erscheinenden Zeitschrift „Beijing Review“, die mir im Flugzeug von Beijing (Peking) nach Shanghai gereicht wurde, entnommen und sind für mich Anlass, auf den Chinabesuch noch einmal Rückblick zu halten.

Bevor ich zu den eigentlichen Einblicken und den persönlichen Erlebnissen komme, möchte ich kurz die Frage beantworten, wie ich zu dieser Reise bzw. Aufgabe kam.

Die Unterstützung der chinesischen amtlichen Statistik ist ein Bestandteil der internationalen Kooperation des LDS

BB. Sie reiht sich ein in die Zusammenarbeit des LDS BB mit den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Seit dem Beginn der internationalen Zusammenarbeit im Jahre 1992 hat das LDS BB bis jetzt insgesamt 65 Veranstaltungen im In- und Ausland durchgeführt. Durch diese internationalen Kooperationsprojekte wurden Statistiker aus 21 Staaten unterstützt.

Mein Einsatz beim NBS erfolgte im Rahmen des GTZ- (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) Projektes „Neuorganisation der Industrie- und Straßenverkehrsstatistik in der VR China“ basierend auf dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China im Jahr 1996 geschlossenen Abkommen über die Unterstützung der chinesischen amtlichen Statistik bei der Neuorganisation. Für dieses GTZ-Projekt wurde ich von der Amtsleitung des LDS BB als Experte für Preisstatistiken benannt. Während der Projektdurchführung hielt ich Vorträge vor chinesischen Statistikern bei Fortbildungsseminaren in München und Delegations-

besuchen in Potsdam. Als Resonanz auf diese Vorträge erhielt ich von den chinesischen Kollegen eine persönliche Einladung nach Beijing.

Dort stand als Aufgabe – gemeinsam mit dem Kollegen vom Statistischen Bundesamt, Herrn von Minding, – einen Workshop zum Thema „Verfahren der Preisindexberechnung, insbesondere des Erzeugerpreisindex“ sowie eine Beratung des NBS über nationale Berichterstattungen der Erzeugerpreisstatistik, durchzuführen.

Die Vorbereitung dieses Workshops hat mich längere Zeit beschäftigt, da mir außer dem reinen Thema, keine näheren Präzisierungen aus Beijing vorlagen. Wünsche vom NBS sind erst eine Woche vor dem Abflug eingetroffen. Der Schwerpunkt lag nun auf Beratung, Diskussion und Konsultation. Aus diesem Grund habe ich mit vielen Unterlagen, die zum großen Teil aus Folien mit chinesischen Übersetzungen bestanden und sehr gemischten Gefühlen den langen Weg nach Beijing angetreten. Hinzu



Eingang zum „Song Qingling Children's Science Park“ neben dem NBS. Herr von Minding und Herr Kolitzk.

kommt, dass der Besuch in Beijing unmittelbar im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China stattfand.

1. Tag: Der Hinflug führte mich am Samstag von Berlin-Tegel aus über die Stationen Frankfurt am Main und Kopenhagen. In Kopenhagen startete die SAS-

Maschine dann zum 10-stündigen Direktflug nach Beijing.

2. Tag: Am Sonntagmorgen, 6.45 Uhr Ortszeit, waren wir endlich in Beijing gelandet. Die Passkontrolle ging sehr schnell und unproblematisch. Vielleicht, weil der zuerst unerklärliche Buchstabe (chinesisches Schriftzeichen) im Visum auf ein Servicevisum hinwies. Auf dem Einreisezettel sollten wir *Government official* (Regierungsbeamte) angeben. Der Zollbeamte hat uns durchgewunken und dabei freundlich begrüßt.

Unser Betreuer, Herr Geng, holte uns am Flughafen ab. Er benutzte, nach Bezahlung einer Mautgebühr, den *Capital Airport Expressway* (Flughafen-Schnellstraße), eine dreispurige Autobahn von rund 25 km Länge, bis an den Stadtrand.

Seit der Begrüßung lief die Verständigung in Englisch. Nur bei den offiziellen Gesprächen wurde von Deutsch ins Chinesische übersetzt bzw. umgekehrt. Unser Dolmetscher, Herr Liu, war für diese Woche vom Außenministerium zum NBS abgeordnet.

Gleich beim Einchecken im „BEIJING XINDADU HOTEL“ war das Zimmer im Voraus zu bezahlen. Nach einem kurzen frisch machen auf dem Zimmer begann die große Gastfreundschaft. Es war Kulturangesagt.

Zuerst haben wir uns den Kaiserpalast (die Verbotene Stadt) angesehen. Der Kaiserpalast liegt mitten in Beijing und ist durch eine mächtige Mauer und einem breiten Wassergraben abgeschirmt. Der Stil der Ming-Zeit ist auch bei Erneuerungen von Gebäuden stets



Zhong ghe Halle im Kaiserpalast – Verbotene Stadt in Peking.

gewahrt worden. Die gewaltigen Thron- und Audienzhallen selbst können nicht betreten werden. Sie sind nur von außen zu besichtigen.

Nach zwei Stunden verließen wir den Kaiserpalast durch das Tor des Himmlichen Friedens (Tian'anmen) aus dem Jahr 1417. Seit der Gründung der Volks-

republik China 1949 durch Mao, steht es bis heute als Staatssymbol. Von hier aus haben wir den größten innerstädtischen Platz der Welt, den Tian'anmen-Platz, mit seinen flankierenden Bauten betrachtet.

Der folgende Mittagsimbiss war die erste Bewährungsprobe für unsere Esskünste mit den Stäbchen.

Am Nachmittag erhielten wir uns im Sommerpalast Yihe Yuan. Der Sommerpalast, der für die Kaiserwitwe Cixi Ende des 19. Jahrhunderts wieder hergerichtet wurde, hat eine Fläche von 292 Hektar. Er ist ein Beispiel dafür, dass nicht nur das Land größer ist, auch die Anlagen und Parks verfügen über andere Ausmaße als bei uns. Vom Sommerpalast blieb das wohl berühmteste Bauwerk, der 732 Meter lange Wandelgang am Ufer des Kunming-Sees, in Erinnerung. Dieser Wandelgang ist vollständig mit Landschafts- und Romanszenen bemalt. Interessant ist auch der Pavillon des Buddha-Weihrauches.

3. Tag: Am Montagmorgen wurde auf der Fahrt zum Nationalen Statistikbüro Chinas meine Vorstellung von einem geringen Autoverkehr widerlegt. Selbst der stärkste Berufsverkehr in der Heimat ist mit dem Verkehrsgewühl in Beijing nicht zu vergleichen. Für die vielen Fahrradfahrer gibt es zum großen Teil eigene breite Fahrradwege an den Hauptstraßen.

3. bis 5. Tag: Die nächsten Tage waren mit dem Dienstgeschäft ausgefüllt. An den Beratungen, in Form von Frage und Antwort, nahmen Vertreter des Departments für Industrie- und Transportstatistiken und Vertreter der Leitung der *Urban Survey Organization* (USO) teil.

Die Vorstellung des chinesischen Preissystems war sehr informativ. Deshalb einige Informationen über das sehr vollständige Ermittlungssystem in China. Die USO lässt sich mit den Städtestatistiken in Deutschland vergleichen. Zur USO gehören rund 4 500 Mitarbeiter in allen 31 Provinzen Chinas. Sie ist in 226 Klein- und Mittelstädten vertreten. Es gibt weiterhin in jeder Provinz ein Referat und darüber hinaus in allen Kreisen einen verantwortlichen Mitarbeiter. Hauptbetätigungsfelder sind die Ermittlung aller Daten für das Preissystem und Haushaltsbefragungen in China.

Schwerpunkte der Gespräche in Beijing waren:

- Auswahlverfahren repräsentativer Produkte
- Grundlagen der Stichprobenziehung
- Ausschalten unechter Preisveränderungen



Wandelgang im Sommerpalast in Peking.



Blick in den Beratungsraum des NBS Peking. Zweiter von links: Herr Langhai Huang, Generaldirektor der USO.

- Berechnung eines Preisindex für große Maschinen und Ausrüstungen
- Probleme bei der Verwendung von Durchschnittspreisen in Abhängigkeit von schwankenden Mengen
- Deflationierung mit Erzeugerpreisindizes in der Industriestatistik und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- Arbeitsschnitt zwischen Statistischem Bundesamt und den Statistischen Landesämtern
- Datenübermittlungsverfahren

Ort der Gespräche waren immer Beratungsräume. Ein Arbeitszimmer eines chinesischen Statistikers habe ich nicht zu sehen bekommen. Deshalb kann ich auch nichts zur technischen Ausstattung der Arbeitsplätze sagen. Ob nun PC, Taschenrechner oder Abakus zur Ermittlung der Landesdaten benutzt werden, ist mir unbekannt. Aber egal wie – die Aktualität der Daten wird eingehalten.

Während der Beratungen kamen in kurzen Abständen zwei Mitarbeiterinnen und schenken heißes Wasser in die bei jedem stehenden Teegefäße nach. Der grüne Tee, Nationalgetränk der Chinesen, wurde zu meinem Erstaunen direkt in der Teeschale zubereitet und ständig aufgegossen. Die Teeblätter schwammend aber umher.

5. Tag: Was wäre eine Chinareise ohne Besichtigung der Großen Mauer? Sie verläuft nördlich Beijings. Zum Abschnitt bei Badaling führen wir. Auf der Rückfahrt machten wir in einer Kreisstadt Pause. Dort, wo sonst keine Touristen hinkommen, beherrscht noch das Fahrrad die Straße. Das gesamte Leben dort verläuft in bescheidenen Bahnen als in den Riesenmetropolen.

6. Tag: Das Besuchsprogramm führte uns auch nach Shanghai. Die Mitarbeiter vom *Statistical Bureau of Shanghai Municipality* wollten uns in den wenigen Stunden möglichst viel zeigen. Da die Arbeit im Vordergrund stand, reichte es nur zur Besichtigung der Altstadt und des Huangpu-Flusses. Auf dem Weg vom Flughafen in die City sahen wir gleich die Schnellstraßen auf Betonstelen und endlose Hochhäuser neben alten Gebäuden.

Eine Stadtrundfahrt führte uns in die Altstadt. Hier gingen wir zum Garten Yuyuan, erstmals 1559 angelegt. Der Weg dorthin führt über eine neunfach gewundene Brücke direkt am Huxinting, dem schönsten Teehaus Shanghais, vorbei. Es ist umbaut von einem lebendigen Einkaufszentrum, das im typischen altchinesischen Baustil errichtet wurde.

An der breiten Uferpromenade des Huangpu-Flusses – auch „Bund“ genannt – fühlt man sich nicht mehr wie in China.



Gruppenfoto im Statistischen Amt in Shanghai. Von rechts: Frau Zhang (USO), Herr Lin (USO-Direktor, Peking), Herr von Minding, Frau Ma (Stat. Amt), Herr Koltzk.



Abschiedessen. Herr Ron (Abt.leiter Industrie und Transportstat. verteilt Mohnkuchen.



Auf dem Bund am Huangpu-Fluss. Im Hintergrund: Oriental Pearl-Tower.

Bild rechts: Altstadt in Shanghai mit Teehaus.

Bild unten: Huangpu-Fluss in Richtung Hafen (ca. 60 km von der Mündung des Yangtse.

Die eine Uferseite mit ihren Gebäuden aus der Kolonialzeit vermittelte den Eindruck vom Glanz der 20-er und 30-er Jahre dieses Jahrhunderts. Gegenüber das Ufer mit westlicher Skyline, bald wie in New York. In der Ferne ist der Hafen vor riesigen Wolkenkratzern zu erkennen.

Am Abend war etwas Zeit zum Shopping, um die Wunschliste abzuarbeiten. Zum Einkaufen wurden wir auf Shanghais Hauptgeschäftsstraße, die Nanjing Donglu, geführt. In den riesigen Kaufhauspalästen ist trotz Preisstabilität feilschen um den besten Preis – wie auf einem arabischen Basar – angesagt. Alle Geschäfte haben täglich bis 22.00 Uhr geöffnet.

7. Tag: Im Mittelpunkt der Diskussion im Statistischen Amt Shanghais standen Fragen der Auswahl der Erzeugerpreise. Probleme, Erfahrungen des Überganges von der Plan- in die Marktwirtschaft, insbesondere bei der Einführung der Erzeugerpreisstatistik, wurden von mir kurz dargelegt. Von Interesse war auch die Arbeitsteilung im föderalen Statistiksystem in Deutschland.

Es werden für die Produkte Durchschnittspreise ermittelt. Die Aufgaben der Provinz bei der Indexberechnung ließen methodisch einige Fragen offen. Das löste interne Diskussionen zwischen dem mitgereisten Vertreter des NBS und den Shanghai-Kollegen aus. Am Nachmittag flogen wir zurück nach Beijing. Dort gab es ein Abschiedsdin-





Große Mauer.

ner. Nicht nur wegen unserer nahenden Abreise fand es an einem besonderen Tag statt. Eines der traditionellen fünf Feste nach dem chinesischen Mondkalender wurde am 24. September 1999 gefeiert. Das Zhongqiujié (Mittherbst-)fest wird immer am 15. Tag des 8. Monats begangen. Mondfest wird es auch genannt. Zu diesem Fest gibt es traditionell krümelige, runde Mondkuchen. Auch uns wurde „Yuebing“ mit vier verschiedenen Füllungen beim Abschiedessen gereicht.

Apropos Essen. Für uns wurden mehrere Essen veranstaltet. So lernten wir unterschiedliche regionale Küchen und Essgewohnheiten kennen. Das in China bereitete Essen lässt sich mit dem in einem China-Restaurant in Deutschland für mich nicht vergleichen.

Die Beijinger Küche ist eigentlich sehr fett. Trotzdem wurde sie uns als sehr vegetarisch dargeboten. Es gab viel Gemüse und Pilze. Einige Gemüsesorten waren sowohl vom Namen als auch vom Ansehen für mich unbekannt.

In Shanghai dominierten, wie an der Küste üblich, Fisch und Meeresfrüchte. Das Essen wird von der mild-salzigen



Yangzhou-Küche bestimmt. Uns servierte man Krebse, Riesengarnelen, Aal, Plattfisch und andere Spezialitäten. Das war eine Freude für einen, der nicht unbedingt Fischliebhaber ist!

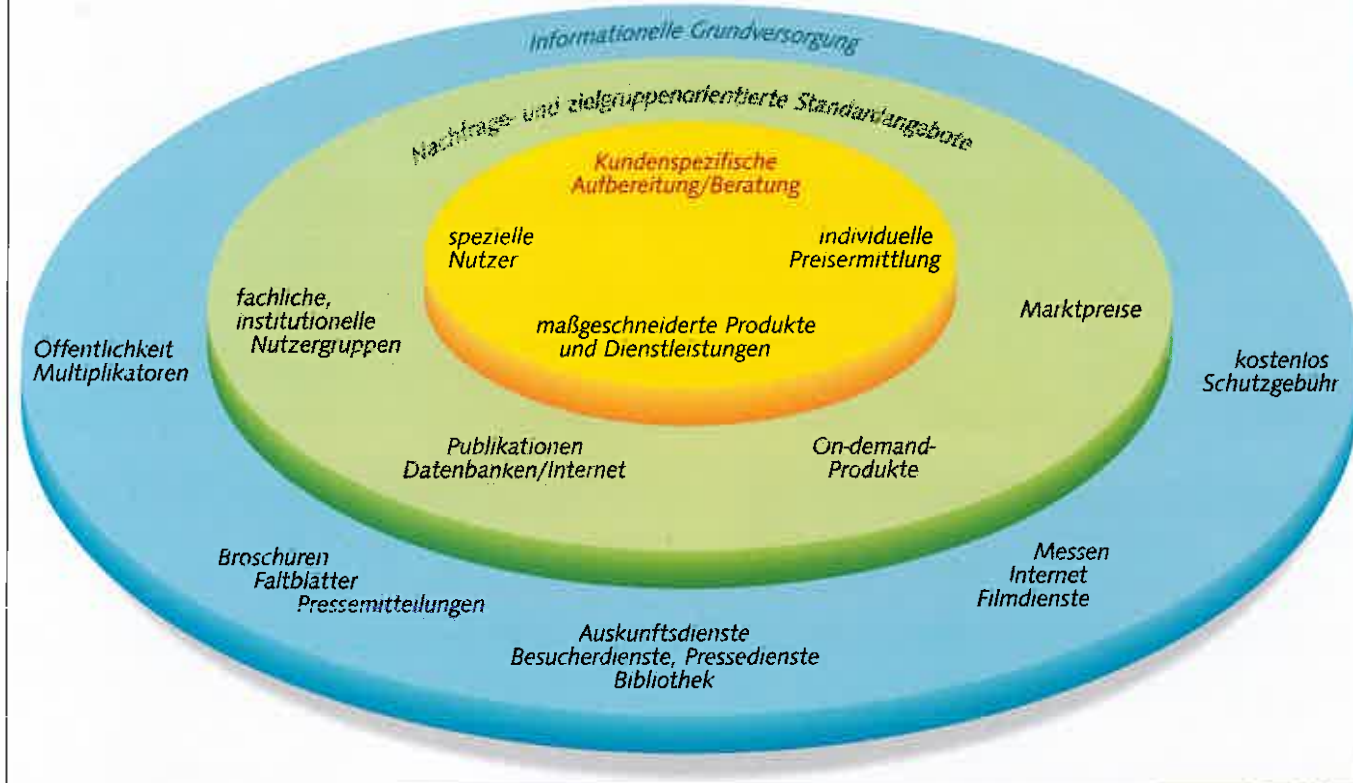
Zu meinem Erstaunen erhielten wir zu den verschiedenen Essen keinen Reis. Suppe, in der Heimat stets Vorspeise, kommt in China als letzter Gang auf den Tisch. Zum Stopfen der Löcher im Magen.

Meine Reise nach Beijing war eine von bisher 12 Aktivitäten mit der Volksrepublik China.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht der einzige China-Dienstreisende im LDS BB bin. Als Erster weilte Herr Direktor Steenken im April/Mai 1997 im Rahmen einer Delegation des Statistischen Bundesamtes gemeinsam mit Leitern der Statistischen Landesämter zu Vorträgen und zur Abstimmung von bilateralen Kooperationen im Statistischen Amt der VR China. Im Mai 1999 war Frau Siegmund, die Leiterin der Abteilung Statistik, zu Besuch in China. Sie vermittelte in den Ämtern in Beijing und in Kunming Erfahrungen der Binnenhandelsstatistiken.

Ingo Koltzk

Marketing-Modell der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Der Amtsschimmel verblasst

1 Von der Input- zur Outputorientierung

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wollen ihre gesellschaftliche Rolle als einer der bedeutendsten Informationsanbieter unserer Gesellschaft stärker als bisher wahrnehmen und nach außen verdeutlichen. In einer Gesellschaft, in der die Bereitstellung von und der Zugang zu relevanten Informationen und Beratungskompetenz immer mehr gefragt sind, ist eine zeitgemäße und kundenorientierte Verbreitung und Vermarktung statistischer Produkte und Dienstleistungen für die statistischen Ämter wichtiger denn je. Die amtliche Statistik will in Zukunft der Öffentlichkeit ihre Leistungsfähigkeit geschlossener und offensiver präsentieren und sich dadurch in stärkerem

Maße als bedeutender, kompetenter und zuverlässiger Informationsanbieter profilieren. Datengewinnung, -verarbeitung und -verbreitung werden mehr auf ihre Kunden ausgerichtet. Dieser Wandel hin zur Orientierung am Output, an der bedarfsgerecht erstellten und präsentierten Leistung, muss schnell, planmäßig und konsequent und zwischen allen statistischen Ämtern einvernehmlich, abgestimmt und koordiniert erfolgen.

Dies sind einige ausgewählte Kernaussagen des Eingangskapitels „Ausgangssituation und Ziele“ des neuen Marketingkonzeptes der amtlichen Statistik, das von den Leitern der statistischen Ämter im Mai dieses Jahres verabschiedet wurde. Angestoßen wurde diese Neuorientierung insbesondere vom Statistischen Beirat, der in seinem

1996 verabschiedeten „Rahmenkonzept zur Neuorientierung der amtlichen Statistik“ Vorschläge zur Weiterentwicklung der statistischen Ämter zu Serviceeinrichtungen unterbreitet hat. Vor diesem Hintergrund wurde von den Leitern der statistischen Ämter ein Ausschuss „Marketing“ eingerichtet, der auf seiner konstituierenden Sitzung Ende 1997 für seine Arbeit folgende prioritäre Zielsetzungen festlegte:

- Verankerung der Kundenorientierung in allen statistischen Ämtern,
- Profilierung als kompetenter Informationsdienstleister,
- Schaffung neuer Märkte und Absatzchancen, auch durch Antizipation der Kundenwünsche und
- Konsistenz der Produkte, Dienstleistungen und Preissysteme.

Auf der Basis dieser Ziele wurde gleichzeitig die Erstellung eines Marketingkonzepts beschlossen; mit der Ausarbeitung wurden die beiden Bund-Länder-Arbeitskreise „Produkte, Dienstleistungen und Vermarktung“ und „Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Marktanalysen“ beauftragt. Zweck dieses Aufsatzes ist es, die wesentlichen Elemente dieses Konzeptes darzustellen.

2 Inhalt des Marketingkonzeptes

Das Konzept enthält als Grundlage für das neue Leistungsprofil ein Regelwerk, das neben dem bereits erwähnten Eingangskapitel folgende Bereiche umfasst:

- Konzeption einer zukunftsorientierten Vermarktung,
- Klärung rechtlicher Fragen (Copyright),
- Systematisierung der Nutzer des statistischen Informationsangebotes,
- Ausgestaltung der Informationsangebote,
- Preis- und Rabattsystem,
- Lizenzmodell.

Ausgerichtet an den Interessen der Nutzer der amtlichen Statistik und in Übereinstimmung mit dem föderalen Aufbau und der Arbeitsteilung zwischen den statistischen Ämtern wird bei den einzelnen Themenbereichen bewusst zwischen **Vereinbarungen**, **Leitlinien** und der Möglichkeit **hausspezifischer Regelungen** unterschieden. Damit kann die Notwendigkeit von einheitlichen Regeln auf der einen mit flexiblem Handeln auf der anderen Seite verbunden werden. Vereinbarungen sind für die Ämter verbindlich. Leitlinien sind dagegen Soll-Bestimmungen, von deren Anwendung bzw. Befolgung die statistischen Ämter nur in begründeten Fällen abweichen sollen.

3 Konzeption einer zukunftsorientierten Vermarktung

3.1 Das Marketing-Modell

Seit einigen Jahren sind in vielen Ländern neue, sehr dynamische Marktentwicklungen bei statistischen Produkten und Dienstleistungen zu beobachten. Zum einen ist die Nachfrage nach statistischen Produkten und Informationsdienstleistungen generell angestiegen

und geht heute von vielen verschiedenen Nutzergruppen aus, zum anderen ist auch die Palette der angebotenen Produkte sehr viel umfangreicher und anspruchsvoller als in früheren Jahren.

Neben den herkömmlichen Print-Publikationen werden weitere Produkte über moderne Verbreitungsmedien nachgefragt. Schwierigere Marktbedingungen ergeben sich aus der zunehmenden Erwartung der Kunden im Hinblick auf eine individuelle Bearbeitung ihrer Informationswünsche. Diese Entwicklung entspricht einem allgemeinen Trend, der sich nicht nur auf den Konsumgüter-, sondern vor allem auch auf den Dienstleistungsmärkten durchgesetzt hat. Nur mit einer nachhaltigen Kunden- bzw. Marktorientierung kann eine hohe Kundenbindung und letztlich die gewünschte Akzeptanz erzielt werden.

Dazu kommt, dass der internationale Markt zunehmend wichtiger wird und damit auch die Nachfrage nach mehrsprachigen Angeboten steigt. Der in den letzten Jahren aufgrund von Budgetrestriktionen intensiver verfolgte ressourcenorientierte Ansatz der Konzentration auf Kernaufgaben und -kompetenzen steht in einem gewissen Spannungsfeld zu den oben beschriebenen Ansprüchen einer zunehmend dynamischen Umwelt. Das traditionell outputorientierte Marketing kann in dieser Situation wichtige Impulse zur Verbindung beider Perspektiven liefern. Es kann eingesetzt werden als Mittel der Ressourcensteuerung und für die Schaffung neuer finanzieller Spielräume.

Zur Umsetzung einer „outputorientierten“ Strategie wurde von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder Einvernehmen über ein Marketing-Modell erzielt. Ausgehend von dem gesetzlichen Auftrag zur Veröffentlichung statistischer Daten und dem Ziel, statistische Informationen optimal den verschiedenen Nutzer-/Kundengruppen vermitteln zu können, strukturiert es die Nachfrage nach statistischen Informationen und deren Angebot so, dass folgende drei **Segmente** unterschieden werden können, mit denen jeweils bestimmte Zielsetzungen verbunden werden:

- Informationelle Grundversorgung als kostenloses Grundangebot
- Nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardangebote
- Kundenspezifische Aufbereitung/Beratung

Dieses – hier auch graphisch dargestellte – Modell hat sich als Bezugsrahmen bewährt und wird inzwischen auch im europäischen Ausland zunehmend als Grundlage für Überlegungen zur Verbreitung statistischer Informationen genutzt.

3.2 Die Marketing-Leitlinien

Ausgehend von der Zielsetzung einer zeitgemäßen Umsetzung des gesetzlichen Auftrags zur Veröffentlichung statistischer Daten wurden für das Marketing statistischer Informationen folgende Leitlinien entwickelt:

● Der Bedarf der Kunden steht im Zentrum des Handelns der amtlichen Statistik.

Die Nachfrage nach statistischen Daten weist ein breites Spektrum auf. Es werden z.B. hochaktuelle, aber auch historische, globale wie kleinräumige oder hochverdichtete ebenso wie fein differenzierte Informationen benötigt. Sie werden von den Kunden über die unterschiedlichsten Verbreitungs- bzw. Übermittlungswege und -techniken nachgefragt (z.B. per Telefon oder Fax, als gedruckte oder elektronische Publikation oder online über das Internet bzw. als E-Mail). Ein Teil der Kunden will die Daten selbst nutzen, ein anderer will sie weitervermitteln. Dieser Heterogenität muss ein aktives Marketing ebenso gerecht werden wie der notwendigen Flexibilität, um künftigen Anforderungen mit innovativen Produkten und Serviceangeboten in adäquater Weise begegnen zu können.

● Die amtliche Statistik stellt eine informationelle Grundversorgung als kostenloses Grundangebot bereit.

Dieses Ziel leitet sich in erster Linie aus dem gesetzlichen Auftrag der amtlichen Statistik ab, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Diese Grundversorgung mit einer für jeden nutzbaren statistischen Infrastruktur entspricht dem allgemeinen Informationsbedarf der Öffentlichkeit und ist deshalb in der Regel kostenlos, wie z.B. Pressemitteilungen, Faltblätter, weniger aufwendige Leistungen der Auskunftsdienste oder der allgemeine Teil der Internet-Angebote (äußeres Segment des Marketing-Modells).

● **Die amtliche Statistik bietet statistische Produkte und Dienstleistungen am Markt an.**

Zu diesem mittleren Segment des Modells zählen alle Produkte und Dienstleistungen, die über die Grundversorgung hinausgehen und zur Abdeckung eines standardisierbaren wiederkehrenden Informationsbedarfs der Kunden vorgefertigt werden können. Dazu gehören u.a. Print-Veröffentlichungen oder elektronische Offline- (CD-ROM, Disketten) und Online-Angebote (Internet). Für sie werden Marktpreise festgelegt; für bestimmte Kundengruppen sollen Rabatte eingeräumt, von Weiterverbreitern gegebenenfalls Lizenzgebühren erhoben werden.

Die (Weiter-)Entwicklung dieser Produkte und Dienstleistungen wird zielgruppenorientiert forciert und durch Marktuntersuchungen begleitet, der Markterfolg soll regelmäßig bewertet werden. Der Markt soll mit diesen standardisierten Angeboten so breit abgedeckt werden, wie es der Grundsatz eines effizienten Ressourceneinsatzes gestattet. Kooperationen mit privaten Informationsanbietern sind verstärkt anzustreben.

Neue Produkte in diesem Segment sind vorgefertigte On-demand-Produkte, die den Ansprüchen nach einem transparenten, kostengünstigen Angebot auf der einen Seite und dem individuellen Kundenbedarf auf der anderen Seite optimal gerecht werden. Die Entwicklung von kundenindividuellen Massenproduktionen entspricht den neuen Marketingansätzen anderer Branchen, z.B. der Autoindustrie, bei der die Module von den Kunden individuell bestimmt und im Rahmen einer informationstechnologischen Prozesssteuerung kostengünstig produziert werden.

Die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie wirkt sich im mittleren Segment des Marketingmodells in besonderem Maße aus. Durch den verstärkten Einsatz interaktiver Medien (Internet-Dienste wie das World Wide Web, E-Mail und File Transfer) wird die Distributionspolitik nachhaltig beeinflusst. Elektronischer Handel und virtuelle „Kaufhäuser“, in denen Tabellen und andere Dokumente angeboten werden, sind für die statistischen Ämter reale Möglichkeiten

einer effizienten Vermarktung ihrer Informationsprodukte.

● **Auf Wunsch erstellt die amtliche Statistik maßgeschneiderte Lösungen.**

Dieses innere Segment des Marketingmodells umfasst problemorientierte Produkte und Serviceleistungen, die auf spezielle Nachfrage individuell für die Kunden entwickelt werden. Hierbei werden Aufträge entgegengenommen und gegen Kostenerstattung aufgrund von individuellen Verträgen mit dem Kunden bearbeitet. Dazu gehören z.B.:



Sonderauswertungen



Beratungsleistungen



Beantwortung komplexer Anfragen



Lehrtätigkeiten

Alle Aufträge, die nicht standardisiert abgewickelt werden können, fallen in dieses Segment.

Wirtschaftlich gesehen bietet dieser Bereich die größten Chancen zur Schaffung eigener finanzieller Spielräume, er ist daher durch geeignete Maßnahmen zu erweitern. Als problematisch erweist sich hier, dass zunächst Ressourcen eingesetzt werden müssten, um dann erst mit einem gewissen time-lag jene Einnahmen zu erzielen, die für die Ressourcenfinanzierung benötigt werden. Ob die gewollte kundenorientierte Ausrichtung sich letztlich umsetzen lässt, hängt in starkem Maße von der Lösung dieses Problems ab.

● **Die amtliche Statistik ermöglicht einen einfachen und schnellen Zugang zu den Informationen.**

Nur wenn die Infrastruktur für die Informationsverbreitung unter Wahrung von Statistikgeheimnis und Datenschutz so geschaffen wird, dass der jeweilige Informationsbedarf ohne bürokratischen Aufwand zügig gedeckt werden kann, ist dieses Ziel zu erreichen. Im gemeinsamen Marketingkonzept der amtli-

chen Statistik werden für jedes der drei Segmente die Grundprinzipien der Verbreitung herausgearbeitet, die adäquaten Verbreitungswege festgelegt und damit die Grundlagen geschaffen, durch konkrete Maßnahmen Verbesserungen zu erzielen.

● **Mit ihren Partnern im In- und Ausland arbeitet die amtliche Statistik konstruktiv zusammen und nutzt die Möglichkeit der Arbeitsteilung.**

Es gibt verschiedene Gründe, Produkte oder Serviceleistungen kooperativ oder arbeitsteilig zu erstellen, z.B. Kosten- oder Kapazitätsgründe, aber auch die Chance, externes Know-how zu erwerben. Die amtliche Statistik sollte mit anderen öffentlichen (statistischen) Institutionen ebenso zusammenarbeiten wie mit privaten. Dabei ist stets darauf zu achten, dass das eigene Profil nicht verloren geht und der Beitrag der statistischen Ämter insbesondere als Urheber der Informationen gebührend herausgestellt wird. Ein wichtiger Partner ist dabei die Wissenschaft, mit der auf verschiedene Art und Weise kooperiert wird. So wächst z.B. insbesondere bei der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung das Interesse, statistische Informationen nicht nur in aggregierter Form, sondern auch als Mikrodaten nutzen zu können, um maßgeschneiderte Analysen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge vornehmen zu können. Der 1997 im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie unterstützten Pilotprojektes eingeschlagene Weg, der Wissenschaft zu günstigen Konditionen anonymisierte Mikrodaten zur Verfügung zu stellen, soll weiterverfolgt werden.

4 Rechtliche Fragen

Bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der amtlichen Statistik, statistische Ergebnisse zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen, entstehen Werke im Sinne des §2 Urheberrechtsgesetzes. Daraus erwachsen Urheberrechte für die Bundesrepublik Deutschland und/oder die einzelnen Bundesländer. Diese Rechte schließen auch ein, die Werke wirtschaftlich zu verwerten und Vertriebsrechte an Dritte zu übertragen.



Ausgehend von dieser Grundsatzposition und in Analogie zu den drei Segmenten des Marketing-Modells wurden zwischen den statistischen Ämtern drei unterschiedliche Copyrightregelungen vereinbart. Danach können Produkte und Dienstleistungen der informationellen Grundversorgung (äußeres Segment) mit Quellenangabe uneingeschränkt von Dritten vervielfältigt und verbreitet werden. Bei den kostenpflichtigen nachfrage- und zielgruppenorientierten Standardangeboten (mittleres Segment) wurde dagegen eine differenzierte Regelung festgelegt. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung ebenfalls mit Quellenangabe gestattet. Für gewerbliche bzw. entgeltliche Verbreitung ist eine vorherige Zustimmung notwendig. Diese ist stets notwendig, wenn von Dritten beabsichtigt ist, die Weitergabe oder Verbreitung über elektronische Wege vorzunehmen. Bei den maßgeschneiderten Produkten und Dienstleistungen des inneren Segmentes gilt ein uneingeschränktes Copyright. Die Rechte und Pflichten der Partner werden hier vertraglich geregelt.

5 Nutzerkategorien

Der Vielfalt der statistischen Informationen auf der einen steht eine Vielfalt von Nutzern dieser Informationen auf der anderen Seite gegenüber. Gedankliche Zusammenfassungen dieser Nutzer zu bestimmten Gruppen hat es zwar schon immer gegeben, aber sie differierten entsprechend den unterschiedlichen Zwecken und auch zwischen den statistischen Ämtern. Im Marketingkonzept haben die Ämter nun eine einheitliche Kategorisierung vereinbart, und zwar insbesondere für folgende Zwecksetzungen:

- nutzergruppenbezogene Marktforschung,
- nutzergruppenadäquate Produktgestaltung,
- nutzergruppengerechte Preissetzung,
- nutzergruppenspezifische Ansprache (z. B. Werbung),
- nach Nutzergruppen differenzierende Erfolgskontrolle (z.B. Absatzstatistik).

Aus dieser Aufzählung lassen sich auch die Maßstäbe für eine adäquate Gestal-

tung der Gruppenbildungen ableiten. Die Nutzer werden dabei auf zwei hierarchischen Ebenen systematisiert. Die erste umfasst 13, die zweite 58 Kategorien. Die erste Hierarchieebene wird im Folgenden enumerativ aufgelistet:

- 1 Politik und Verwaltung auf internationaler Ebene
- 2 Politik und Verwaltung auf Bundesebene
- 3 Politik und Verwaltung auf Länderebene
- 4 Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene
- 5 Amtliche Statistik
- 6 Parteien, Interessen- und Berufsverbände, Kirchen u. ä.
- 7 Bildung, Wissenschaft, Kultur
- 8 Wirtschaft
- 9 Medien
- 10 Informationsdienstleister
- 11 Privatanutzer
- 12 Unbestimmte, nicht zuordenbare Nutzer
- 13 Sondernutzer

Auf der zweiten Ebene werden die ersten elf Kategorien dieser ersten Hierarchiestufe noch weiter untergliedert. Sollte für bestimmte Zwecke eine Zuordnung der Nutzer auf die zwei Hierarchieebenen nicht ausreichen, ist es den Ämtern freigestellt, eine dritte oder noch weitere Stufen mit einer noch tiefergehenden Systematisierung anzufügen.

6 Angebote der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

6.1 Grundsätze der Gestaltung

Grundsätzlich sind die statistischen Ämter in der inhaltlichen und formalen Gestaltung ihrer Angebote frei. Gleichwohl ist es im Interesse der Nutzer wünschenswert, wenn die amtliche Statistik ein nach außen über weite Strecken einheitliches oder zumindest vergleichbares Bild bietet.

Dies wird dadurch erreicht, dass die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

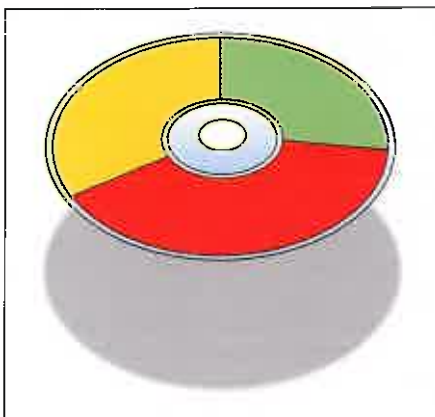
- mit Gemeinschaftsveröffentlichungen am Markt präsent sind,
- bei ihren hausspezifischen Veröffentlichungen bestimmte Elemente abstimmen,
- länderübergreifende Anfragen koordiniert beantworten,

- sich gegenüber den Medien einheitlich verhalten,
- sich gemeinsam auf ausgewählten Fach- und Verbrauchermessen präsentieren und
- in der Öffentlichkeitsarbeit zusammenarbeiten.

6.2 Gemeinschafts-veröffentlichungen

6.2.1 Statistik regional

„Statistik regional“ ist eine jährlich von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank auf CD-ROM. Sie bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten für Landkreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und das Bundesgebiet zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen.



„Statistik regional“ auf CD-Rom.

6.2.2 Gemeinsame Printveröffentlichungen

Schon seit längerer Zeit geben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsame gedruckte Veröffentlichungen heraus. Zu nennen sind z.B. das „Krankenhausverzeichnis“, die „Kreiszahlen“, die „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ und die Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Für die Print-Veröffentlichungen wurde ein System von Regelungen vereinbart, die das Projektmanagement ebenso betreffen wie Kosten- und Preisfragen, einschließlich der Rabattgewährung oder vertrieblicher Aspekte. Festgelegt wurde auch ein einheitliches Layout, das die Beteiligung aller Häuser verdeutlicht. Grundsätzlich besteht darüber Konsens, dass die Bedeutung derartiger Produkte im Gesamtsystem der Veröffentlichungen der statistischen

Ämter in Zukunft verstärkt werden soll. Im Prinzip kann das Regelwerk auch auf gemeinsame elektronische Produkte – das Krankenhausverzeichnis ist bereits auch als Diskettenpaket erhältlich – übertragen werden. Entsprechend der technischen Entwicklung und der Orientierung an den Kundenwünschen sollte gemeinsames elektronisches Offline-Publizieren einen Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsveröffentlichungen bilden.

6.3 Vereinbarungen und Leitlinien für Produkte und Dienstleistungen der einzelnen Ämter

6.3.1 Mindestveröffentlichungsprogramm

Es liegt im Interesse der Kundenfreundlichkeit, wenn es gelingt, die Vorteile der föderalen Struktur des deutschen Statistiksystems mit einem nach außen hin in wesentlichen Teilen einheitlichen Datenangebot der statistischen Ämter zu verbinden. Diese haben daher vereinbart, gemeinsame Kerninhalte ihres statistischen Programms als Mindestveröffentlichungsprogramme zu publizieren.

6.3.2 Statistische Berichte

Statistische Berichte sind das Hauptinstrument der marktgerechten und zeitnahen Verbreitung fachlich detaillierter statistischer Informationen durch die statistischen Landesämter. Für die systematische Gliederung und zeitliche Einordnung der Statistischen Berichte ist ein einheitliches Kennziffernsystem vereinbart, das den Konsumenten über die Veröffentlichungsverzeichnisse mitgeteilt wird und ihnen als Orientierungshilfe dient. Es wird zentral von einem statistischen Landesamt gepflegt und koordiniert.

6.3.3 Regio-Stat-Katalog

Es wurde ein gemeinsamer Datenkatalog zur Bereitstellung statistischer Ergebnisse vereinbart, der kurzfristig auf Datenträger lieferbare Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- und Kreisebene umfasst.

6.3.4 Zahlenspiegel

Im monatlichen Zahlenspiegel veröffentlichen die statistischen Landesämter Eckwerte aus den monatlichen bzw. vierteljährlichen Statistiken aller Fachgebiete. Zwischen den Ämtern abgestimmt und vereinbart ist sowohl eine

gemeinsame Merkmalsliste als auch die Konvention, neben dem aktuellen Monat jeweils die drei vorangehenden Monate sowie den Vorjahresmonat und dessen beide Vorgängermonate nachzuweisen. Somit werden sowohl inhaltlich als auch zeitlich vergleichbare aktuelle Daten angeboten.

6.3.5 Internet-Angebote

Die Internet-Angebote der statistischen Ämter sind je nach technischer Ausstattung und verfügbarer Kapazität unterschiedlich.

Einige Rubriken werden jedoch – bei i.d.R. dezentraler Gestaltung und Pflege – als Grundstandard festgelegt:

- Darstellung des Amtes,
- Pressemitteilungen,
- Publikationsliste.

Darüber hinaus werden auf den Servern ausgewählter statistischer Ämter bestimmte Angebotsteile für die ganze amtliche Statistik zentral bereitgestellt und gepflegt. Nach dem gegenwärtigen Stand betreffen die Vereinbarungen folgende Informationen:

- vergleichende Bund-Länder-Tabellen,
- Auszüge aus „Statistik regional“,
- Link-Seite (Verknüpfung der statistischen Ämter untereinander).

6.3.6 Koordinierte Beantwortung von Anfragen

Die Beantwortung länderübergreifender Anfragen nach regionalstatistischen Daten, z.B. durch die Auskunftsdienste, wird vereinbarungsgemäß im Auftrag der übrigen Ämter vom Amt desjenigen Landes koordiniert, in dem der Anfrager seinen Sitz hat. Gegenüber Bundesstellen sowie supra- und internationalen Einrichtungen und Anfragern mit Sitz im Ausland übernimmt das Statistische Bundesamt die entsprechende Funktion. Die Koordinierung betrifft im beiderseitigen Interesse die – dann nur einmal vorzunehmende – Klärung sowohl der fachlichen Detailfragen als auch der finanziellen Rahmenbedingungen sowie die Rechnungslegung. Die amtliche Statistik tritt dem Kunden auf diese Weise als Einheit entgegen.

6.3.7 Beziehung zu den Medien

Die Medien sind der zentrale Multiplikator bei der Verbreitung statistischer Informationen an die breite Öffentlichkeit. Ein wesentliches Ziel der Informationspolitik der Statistischen Ämter des Bun-

des und der Länder ist es, durch eine aktive und dialogorientierte Zusammenarbeit mit den Journalisten das Profil eines modernen, unabhängigen und objektiven Informationsdienstleisters über die Medien in der Öffentlichkeit zu verankern. In diesem Sinne ist Pressearbeit ein Teil der Marketingpolitik der statistischen Ämter. Sie unterstützen die Presse in ihrem Auftrag als Informations- und Meinungsverbreiter. Einschränkungen journalistischer Recherchen, z. B. durch restriktive Auskunftspolitik und Preisgestaltung, schaden dem Ansehen der amtlichen Statistik. Auf der Basis dieser Grundsatzpositionen wurden zwischen den statistischen Ämtern folgende Vereinbarungen getroffen:

- Neben der laufenden Presseinformation umfasst die Pressearbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen schnellen und mediengerechten Informationsservice sowie kompetente Beratung für Journalisten.
- Alle Journalisten haben den gleichen Zugang zu statistischen Ergebnissen.
- Die Beantwortung von Anfragen im Rahmen journalistischer Recherchen erfolgt schnell und im Grundsatz kostenlos.

Ferner wurden hinsichtlich der Medienbeziehungen folgende Leitlinien festgelegt:

- Standardprodukte können für Rezensionen und journalistische Recherchen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Die länderübergreifende Koordinierung von Presseanfragen erfolgt in Anlehnung an die in Abschnitt 6.3.6 beschriebene Vorgehensweise.
- Erheblicher zusätzlicher Aufwand kann in Rechnung gestellt werden.

6.3.8 Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Gemeinsame Messeaktivitäten

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder präsentieren sich gemeinsam auf ausgewählten Fach- und Verbrauchermessen. Die organisatorische und finanzielle Abwicklung mit der jeweiligen Messegesellschaft, die Standplanung und die Bereitstellung der Messestand-Teile übernimmt dabei das Statistische Bundesamt. Die Koordinierung der Beteiligung der statistischen Landesämter wird von dem Landesamt vorgenommen, in dessen Land die Messe ihren Standort hat. Die Kosten für Standmiete, Ausstattung und Logistik werden je zur Hälfte vom Statis-

tischen Bundesamt und nach einem spezifischen Schlüssel von den statistischen Landesämtern getragen.

Gemeinsame PR-Arbeit und Werbung

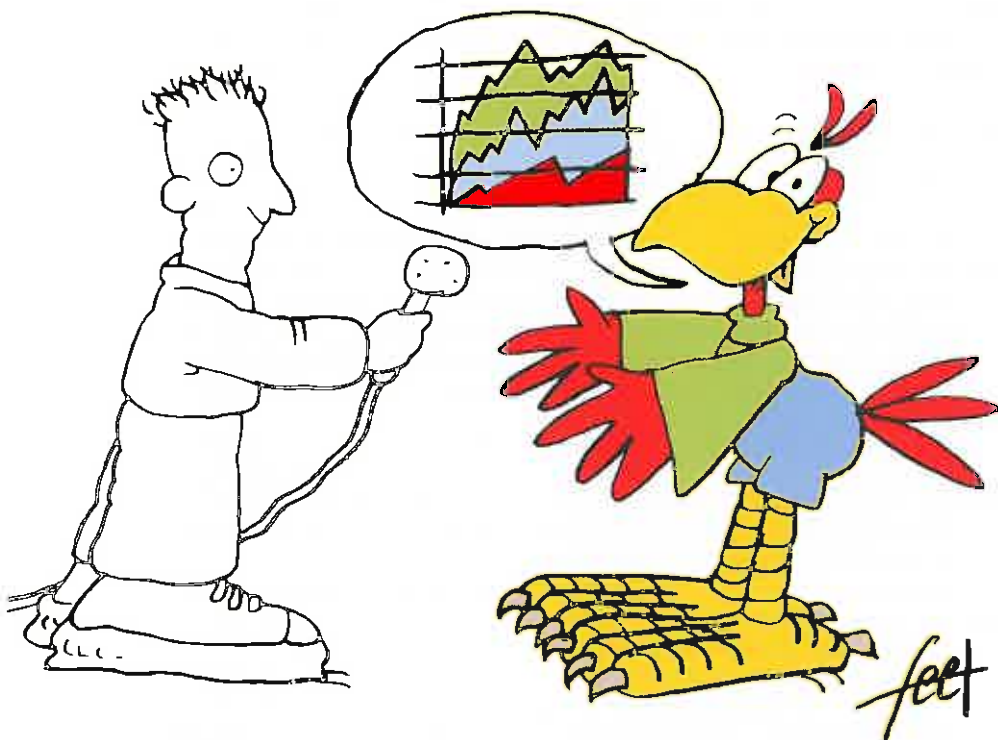
Durch gemeinsame PR-Aktivitäten (Faltblätter, Broschüren, Plakate, spezielle Internetangebote etc.) nutzen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Synergieeffekte. Solche Aktionen dienen z. B. der Unterstützung der Feldarbeit für Erhebungen und Großzählungen, der Werbung für gemeinsame Produkte oder der gemeinsamen Präsentation auf Messen. Im Sinne des Marketing-Modells handelt es sich bei diesen Angeboten um kostenlose Produkte der informationellen Grundversorgung.

7 Gemeinsame Preispolitik

Zu einem kundenorientierten Marketing zählt zweifelsohne auch eine transparente, nachvollziehbare und verlässliche Preisfestsetzung für die Produkte und Dienstleistungen, die auf dem Markt angeboten werden. Durch das gemeinsame Marketingkonzept sind die Ämter einen wichtigen Schritt in dieser Richtung vorangekommen. Für die Gemeinschaftsprodukte wurden einheitliche Preise und für Regio-Stat-Tabellen Preisfestsetzungsregeln vereinbart.

Für die Lieferung von Regio-Stat-Tabellen, die als komplette Tabellen mit dem Charakter eines Standardproduktes des mittleren Segmentes des Marketingmodells verkauft werden, wird generell eine **Bearbeitungsgebühr** von 10 DM erhoben.

Die eigentlichen **Preise** können jedoch nicht für alle Länder und Tabellen gleich sein. Der Preis für eine Tabelle, die Daten für 2305 Gemeinden enthält, muss höher sein als der für eine Tabelle mit 52 Gemeindedaten. Der Preis für eine differenzierte Tabelle muss höher sein als der für eine Tabelle, die nur ein einziges Aggregatdatum enthält. Die Länder haben unterschiedlich viele regionale Einheiten, die berücksichtigt werden müssen. So hat z. B. das Saarland 6 Kreise, Bayern hat 96, Nordrhein-Westfalen hat 396 Gemeinden, Rheinland-Pfalz dagegen 2305. Die Tabellentypen unterscheiden sich einerseits nach Gemeinde- und Kreistabellen, andererseits nach dem Umfang der Tabellen.



Schnelle und im Grundsatz kostenlose Beantwortung von Anfragen im Rahmen journalistischer Recherchen.

Bei **Gemeindetabellen** wurde eine Differenzierung nach **vier Preiskategorien** vorgenommen:

- Kategorie I: 4 Länder mit weniger als 750 Gemeinden (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen)
- Kategorie II: 5 Länder mit 750 bis unter 1250 Gemeinden (Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen)
- Kategorie III: 2 Länder mit mehr als 1250 bis unter 1750 Gemeinden (Brandenburg, Sachsen-Anhalt)
- Kategorie IV: 2 Länder mit 1750 Gemeinden und mehr (Bayern, Rheinland-Pfalz).

Bei **Kreistabellen** gibt es **zwei Preiskategorien**:

- Kategorie I: 8 Länder mit bis zu 36 Kreisen plus Regierungsbezirken (Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen)
- Kategorie II: 5 Länder mit 37 und mehr Kreisen plus Regierungsbezirken (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz).

Stadtstaaten verfahren bei Lieferung von Regio-Stat-Tabellen analog dem Schema für Kreistabellen der Kategorie I.

Beim Tabellenumfang werden entsprechend der Zahl der Wertfelder **vier Größenklassen** gebildet, und zwar:

- sehr große Tabellen (XL) mit 50 und mehr Wertfeldern pro Regionaleinheit,
- große Tabellen (L) mit 20 bis 49 Wertfeldern pro Regionaleinheit,
- mittelgroße Tabellen (M) mit 10 bis 19 Wertfeldern pro Regionaleinheit,
- kleine Tabellen (S) mit bis zu neun Wertfeldern pro Regionaleinheit.

Diese Kategorisierungen lassen sich zur folgenden übersichtlichen **Preismatrix** zusammenfügen. (Siehe rechts oben.)

Durch die Einordnung aller Regio-Stat-Tabellen in Größenklassen können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den statistischen Ämtern den interessierten Kunden schnell und problemlos Auskunft über die zu erwartenden Preise für einen bestimmten Auftrag geben.

Preismatrix

Tabellengröße	Gemeindetabelle				Kreistabelle	
	Kategorie I	Kategorie II	Kategorie III	Kategorie IV	Kategorie I	Kategorie II
	DM					
S	15,00	25,00	35,00	45,00	10,00	15,00
M	22,50	37,50	52,50	67,50	15,00	22,50
L	30,00	50,00	70,00	90,00	20,00	30,00
XL	37,50	62,50	87,50	112,50	25,00	37,50

8 Rabatte und Lizenzen

8.1 Rabatte

Gegenwärtig bestehen bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder merkbare Unterschiede bei der Rabattgewährung. Diese sind zum Teil auf unterschiedliche Rechtsgrundlagen zurückzuführen, zum Teil auch auf unterschiedliche Vertriebswege und Kundenkreise.

Trotz dieser heterogenen und komplexen Ausgangslage ist es im Marketingkonzept gelungen, für die Praxis der zukünftigen Rabattgewährung bei Standardprodukten einige Regeln für Wiederverkäufer, Endverbraucher und bestimmte Nutzergruppen festzulegen.

8.2 Lizenzmodell

Um gegenüber Informationsverbreitern eine einheitliche und transparente Preisgestaltung von Bund und Ländern anzubieten, wurden im gemeinsamen Marketingkonzept auf der Basis der folgenden Grundprinzipien Lizenzregelungen festgelegt:

- Lizenzregelungen sind nur für Standardprodukte und kundenspezifische Aufbereitungen (mittleres und inneres Segment des Marketing-Modells) erforderlich.
- Die Lizenzregelungen gelten im Falle von Gemeinschaftsprodukten und länderübergreifenden Anfragen als Vereinbarung, bei länderspezifischen Produkten und bei Produkten des Statistischen Bundesamtes sowie bei entsprechenden Anfragen als Leitlinie.
- Der Gesamtpreis setzt sich aus einer Bearbeitungspauschale, dem Produktpreis und dem Lizenzpreis zusammen.
- Als Basis für die Berechnung des Lizenzpreises für Standardprodukte wird das Wertfeld bzw. das Ordnungsfeld (bei Klassifikationen und Verzeichnissen) herangezogen. Das Wertfeld bzw. das Ordnungsfeld (im Folgenden nur noch als Wert-

feld bezeichnet) ist die kleinste Grundeinheit, das eine statistische Information enthält bzw. beschreibt. Erläuterung: Bei Anschriften gelten z.B. der Adressat, die Straße und Haus-Nr. sowie die PLZ und Ortsangabe jeweils als ein Wertfeld, zusammen sind es also drei Wertfelder.

- Die Lizenzpreise gelten in gleicher Weise für Standardprodukte und kundenspezifische Aufbereitungen, für alle Produktarten und Lieferformen sowie für gewerbliche und nichtgewerbliche Informationsanbieter, soweit diese nicht von der Lizenzpflicht befreit sind.
- Die Lizenzregelung unterscheidet zwei Weiterverbreitungsformen durch den Kunden, und zwar Print/Offline (Diskette, CD-ROM...) und Online.
- Nicht unter die Lizenzregelung fällt die interne Mehrfachnutzung (z.B. im Inhouse-Netz) von elektronischen Standardprodukten. Zu berechnen ist hier lediglich der doppelte Produktpreis. Eine Bearbeitungspauschale sowie eine Staffe-lung nach der Zahl der Nutzer ist in diesem Fall nicht erforderlich.

Die **Bearbeitungspauschale** für eine Lizenzvergabe beträgt 85 DM (bei Abonnements nur einmalig); bei Koordinierungsanfragen wird sie verdoppelt. Der eigentliche **Lizenzpreis** wird in Abhängigkeit von drei Kriterien errechnet:

1. Geplante Verbreitungsform (Print/Offline; Online), wobei für den Online-Fall zusätzlich nach dem Umfang des Nutzerkreises unterschieden wird.
 - a) Weiterverbreitung durch Dritte in Papierform oder Offline (Diskette, CD-ROM...):
Die Lizenzpreise ergeben sich zunächst aus der stufenweisen Multiplikation eines Wertfeldpreises mit der Anzahl der angeforderten Wertfelder (zu den Prei-

sen der Wertfelder siehe unter II). Die so errechneten Lizenzpreise je Einheit gelten für die ersten 100 Exemplare der geplanten Auflage zu 100%; für darüber hinausgehende Auflagenexemplare wird eine stufenweise Rabattierung vorgesehen (siehe dazu unter III).

b) Weiterverbreitung durch Dritte Online:

Im Falle eines unbeschränkten Nutzerkreises werden zunächst die Lizenzpreise für die erste Einheit wie unter a) berechnet und anschließend mit 200 multipliziert. Im Falle eines beschränkten Nutzerkreises werden die Lizenzpreise für die erste Einheit ebenfalls wie unter a) berechnet und anschließend mit 50 multipliziert.

Diese pauschale und einmalige Berechnung im Online-Fall vermeidet einen hohen Kontroll- und Prüfaufwand, wie er bei einer genauen Abrechnung anfallen würde.

2. Zahl der angeforderten Wertfelder
Die Höhe des Wertfeldpreises ist nach folgenden 6 Größenklassen gestaffelt und degressiv gestaltet:

	DM je Wertfeld
1. bis 1 000.	0,00144 DM
1 001. bis 10 000.	0,00108 DM
10 001. bis 50 000.	0,00072 DM
50 001. bis 100 000.	0,00036 DM
100 001. bis 500 000.	0,00018 DM
ab dem 500 001.	0,00009 DM

3. Vom Kunden vorgesehene Auflage
Der errechnete Lizenzpreis hat für die ersten 100 Exemplare der Auflage Gültigkeit. Für darüber hinausgehende Auflagenexemplare ist folgende stufenweise Rabattierung vorgesehen:

Stück	Rabatt
101 bis 250	20 %
251 bis 500	35 %
501 bis 1 000	50 %
ab 1 001	65 %

Die Lizenzverhandlung und -vergabe auf der Basis der beschriebenen Grundprinzipien und Vereinbarungen bzw. Leitlinien erfolgt bei länderübergreifenden Kundenanfragen zentral durch das koordinierende Land (vgl. Abschnitt 6.3.6).



Gemeinsame Präsentation auf der Cebit.

9 Künftige Entwicklungen im Marketing

Neue Trends im Marketing werden auch die künftige Verbreitungspolitik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nachhaltig beeinflussen. Schon die Einführung der oben beschriebenen Konzepte hat die Denk- und Handlungsmuster in den Ämtern in Richtung der Wahrnehmung ihrer Rolle als moderner Informationsdienstleister geprägt.

Die Individualisierung der Marketingaktivitäten im Hinblick auf die speziellen Bedürfnisse der Kunden der amtlichen Statistik wird weiter zunehmen. Grundlage hierfür ist ein Dialog mit den Kunden. Dass diese Aufgabe ernst genommen wird, zeigt sich in der Einrichtung von Service-Telefonen und Servicezeiten in einzelnen Ämtern, die trotz der Verknappung von Ressourcen als prioritär angesehen werden. Ein zweiter Trend ist die stärkere Vernetzung der Marketingaktivitäten, die durch die weiteren informationstechnischen Ent-

wicklungen begünstigt wird. Die Entwicklung leistungsstarker Datenbanken, die im Sinne von Data Warehouses verschiedene Datenbestände aus internen und externen Quellen integrieren, kann eine breite Basis für die unterschiedlichsten Auswertungen zur Verfügung stellen und damit das Rückgrat für eine kundenorientierte Verbreitungspolitik bilden. Auch die Online-Marktforschung und -Kundenbetreuung wird durch die IT-Entwicklung maßgeblich mitbestimmt. Die Folge dieser Entwicklung wird eine veränderte Organisation der Aufgabenbewältigung sein. Eine konsequente Umgestaltung der Arbeitsprozesse wird als Teil eines Qualitätsmanagements der statistischen Ämter Voraussetzung für ein kundenorientiertes Marketing der nächsten Jahre sein.

Dipl.-Volkswirt Peter Knoche
Dipl.-Volkswirtin
Sibylle von Oppeln-Bronikowski
Dr. Diemar Kühn,
Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Gezielte Fragen und konkrete Wünsche

Ein Tag auf der Frankfurter Buchmesse

Sonnabend, der 16. Oktober 1999, ein wunderschöner sonniger Tag. Am Morgen noch in Potsdam und mittags in der Messestadt Frankfurt am Main! Ein untrügliches Zeichen für die Messtätigkeit: Die Schließfächer sind belegt und an der Gepäckaufbewahrung steht eine lange Schlange.

Vom Hauptbahnhof aus kann auch ein Ortsunkundiger das Messegelände nicht verfehlen, denn der Weg dorthin gleicht einer Ameisenstraße. Sonnabend, Sonntag und Montag ist die Frankfurter Buchmesse für den Publikumsverkehr geöffnet, während sonst nur Fachbesucher Zutritt haben.

Ich reihe mich in die Kolonne der Messebesucher ein und erinnere mich an die gepfefferten Imbisspreise auf der Messe. Also wird, bevor ich meinen Fußmarsch fortsetze, noch schnell am Bäckerstand ein Brötchen erstanden. Am Messegelände angekommen, verhilft mir meine Fachbesucherkarte zu einem problemlosen Einlass. Es ist schon mein dritter Einsatz auf der Frankfurter Buchmesse und mit entsprechender Routine finde ich schnell den Weg zu unserem Stand.

Erstmalig sind wir mit einem Gemeinschaftsstand der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder präsent. Dies ist eine praktische Auswirkung des neuen Marketingkonzeptes der Statistischen Ämter und ein Beispiel dafür, dass dem Papier auch Leben eingehaucht wird.

Besetzt ist der **Gemeinschaftsstand** mit jeweils drei Vertreter/-innen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, die sich um die Betreuung der Standbesucher kümmern. An dieser Messe beteiligten sich acht Landesämter.

Ein sich drehender Würfel über dem Messestand, mit den Wappen der Bundesländer, wirkt als Blickfang und lässt den Stand schon von Weitem gut erkennen. Solch ein Menschengewimmel wie an diesem Tag hatte ich an dem bisherigen Länderstand noch nie gesehen! Dieser Besucherzuspruch ist ein Erfolg, nicht nur für die Marketingstrategen! Ein kurzes Hallo von mir an die Standbesetzung

und dann verschaffe ich mir erst einmal einen Überblick über die Exponate. Der Nachschub aus dem kleinen Lagerraum ist immer wieder stark gefordert. Die Kolleginnen aus Hessen haben bereits eine Nachlieferung kommen lassen. Durch die „Heimspielsituation“ für die



Hessen, ergeben sich immer wieder besondere Anforderungen. Auch ich fülle noch schnell die Bestände auf, um mich dann den Messebesuchern zu widmen. Ich bemerke von Anfang an, dass es den Besuchern ziemlich egal ist, aus welchem Bundesland das Standpersonal kommt. Das Namensschild, das darauf verweist, findet kaum Beachtung. Die Besucher sind nur daran interessiert, ihre Fragen los zu werden und möglichst kompetente Antworten zu erhalten. Und das ist ja auch verständlich. Somit stellt diese neue Standkonzeption auch veränderte, erweiterte Anforderungen an die Standbetreuer/-innen. Es ist schon ein weitgehender Überblick über das Gesamtangebot der Messe notwendig, wie auch Internetkenntnisse und die Allgemeinbildung gefordert werden, wenn man das Fragenspektrum betrachtet.

Hier eine kleine Auswahl der Besucherfragen:

- Wie viele Augenoperationen wurden im letzten Jahr durchgeführt?
- Hat Hessen auch ein Schulverzeichnis, wie es hier von Brandenburg liegt?

- Darf ich den Datenkompass mitnehmen?
- Wie kann ich das Landesamt in Berlin erreichen?
- Welche Daten stehen im Internet? Sind es für alle Länder die gleichen?
- Wieso kosten die Hefte etwas, wenn die Ämter doch mit Steuergeldern finanziert werden?
- Woher haben Sie diese Angaben (Mikrozensus), ich wurde nie dazu befragt?

Es fällt auf: Der Besucher kennt die Abgrenzung von amtlicher Statistik oft nicht, wozu auch? Die Beantwortung von Fragen wie:

- Wo finde ich den Computerverlag Heinze, oder den Deutschen Bundesstag?
- Wie kann ich den Datenschutzbeauftragten von Baden-Württemberg erreichen?
- Welcher Verlag hat Bücher über Schwebelbahnen?

gehören zwar nicht zu der unmittelbaren Aufgabe eines Standbetreuers, aber niemand kam auf die Idee, stur auf seine Zuständigkeit zu verweisen. Zum Charakter einer Messe gehört der Service. Hier besteht die Chance, das Image von Behörden im Allgemeinen und von den Statistischen Ämtern im Besonderen zu verbessern.

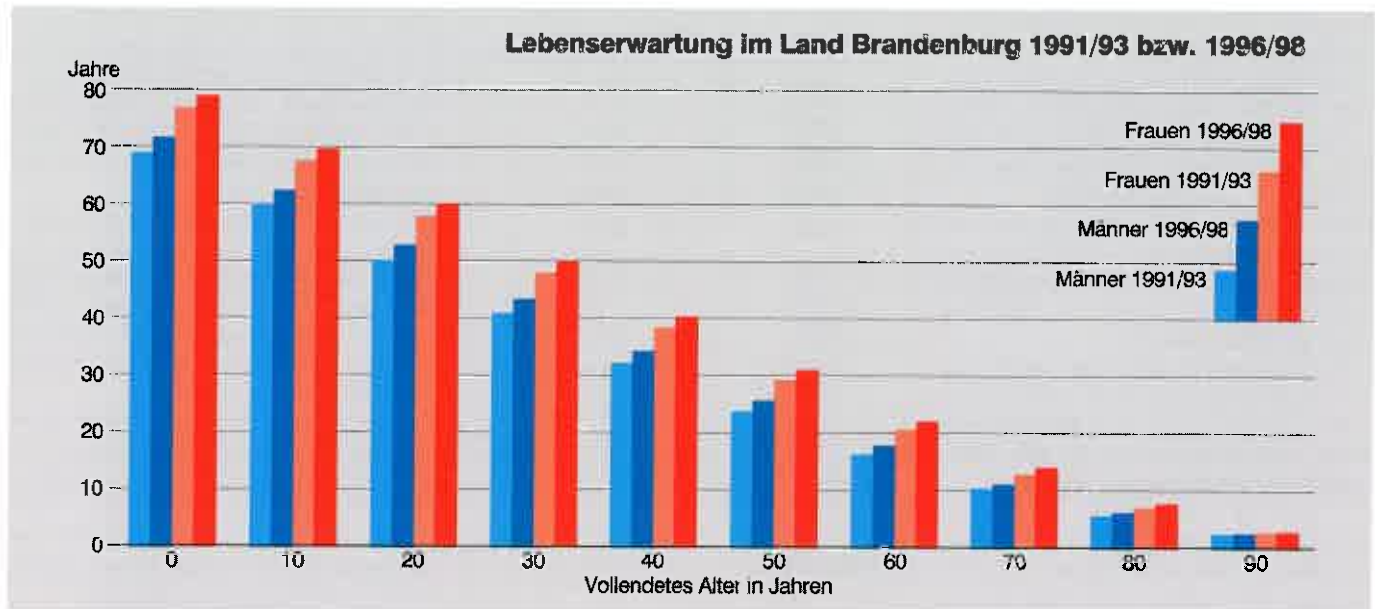
Mein subjektiver Eindruck ist, dass sehr viele Standbesucher mit ihren gezielten Fragen und konkreten Wünschen Pädagogen und Studenten sind. Dieser Publikumskreis weiß zumeist sehr genau, was er möchte und nutzt die Messe, um sich mit Publikationen einzudecken, die im Unterricht oder im Studium Verwendung finden.

Inzwischen ist es 18.30 Uhr. Ein anstrengender Messetag ist vorbei. Der Messestand und die hochwertige PC-Ausstattung sind über Nacht durch einen Wachschutz gesichert.

Ich mache mich auf den Weg ins Hotel. An der Gepäckaufbewahrung wieder Stau! Ich treffe auf eine Kollegin aus dem bayerischen Landesamt. Da sie im selben Hotel logiert, freue ich mich über die unerwartete Gesellschaft. Mit U- und S-Bahn brauchen wir etwa 40 Minuten bis zu unserem Hotel in dem kleinen Frankfurter Vorort Niedereschbach.

Bei einem guten Abendessen und mit anregenden Gesprächsthemen – natürlich nicht ganz ohne Fachsimpelei – geht die Hektik des Tages vorüber.

Antje Leutholf



Beitrag zum „Internationalen Jahr der Senioren“, das von den Vereinten Nationen für 1999 ausgerufen wurde

Lebenserwartung im Land Brandenburg

Im Land Brandenburg lebten 1990 312579 Personen die 65 Jahre und älter waren. Von ihnen waren 80432 mindestens 80 Jahre alt. D.h. jeder 8. Bürger unseres Landes war über 65 und jeder 32. Brandenburger war über 80 Jahre alt. Das Durchschnittsalter betrug zu diesem Zeitpunkt 37,1 Jahre.

Veränderungen in der Altersstruktur vollziehen sich in einem längeren Zeitraum und nicht von heute auf morgen.

Innerhalb des Zeitraumes von 1990 bis 1998 erhöhte sich das Durchschnittsalter auf 40,4 Jahre. Der Anteil der Senioren an der Bevölkerung stieg von 12 Prozent auf 14 Prozent, das sind 369 527 Personen.

Der Anstieg des Seniorenanteils an der Bevölkerung und die damit verbundene Veränderung des Durchschnittsalters ist u.a. auf die in den letzten Jahren gestiegene Lebenserwartung in unserem Lande zurückzuführen.



Lebensbaum 1990

Mit Hilfe von Sterbetafeln wird die **durchschnittliche Lebenserwartung** der Bevölkerung einer Region in einem Zeitraum ermittelt.

Ausgangswerte dafür sind die mittlere Bevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht sowie die Sterbefälle ebenfalls nach Altersjahren und Geschlecht. Für die Berechnung wird ein Zeitraum von 3 Jahren herangezogen.

Dabei wird die Gesamtbevölkerung ohne eine Untergliederung nach Deutschen und Ausländern berücksichtigt. Die Zusammenfassung von jeweils drei Kalenderjahren führt zu zuverlässigen Ergebnissen auch für Altersgruppen mit geringen Sterbefällen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung wurden für das Land Brandenburg für den Zeitraum 1991/93 erstmalig Berechnungen durchgeführt. Diese werden jährlich aktualisiert. Die aktuellsten Werte liegen für den Zeitraum 1996/98 vor.

Folgende Entwicklungstendenzen können abgelesen werden:

Im Zeitraum 1991/93 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen 69,0 Jahre; die von neugeborenen Mädchen war mit 76,9 Jahren um 7,9 Jahre höher.

Nach neuesten Berechnungen auf der Basis des Zeitraumes 1996/98 wird ein neugeborener Junge in Brandenburg im Durchschnitt 71,9 Jahre; ein Mädchen dagegen 79,2 Jahre alt.

Für Neugeborene wird die mittlere Lebenserwartung berechnet. Gleichzeitig werden Ergebnisse zur **Lebenserwartung (Restlebensdauer) für alle Jahrgänge der Bevölkerung** gewonnen.

So hatte z.B. 1991/93 ein damals 30-jähriger Brandenburger eine Restlebensdauer von 41,0 Jahren; ein 30-jähriger des Jahres 1998 aber bereits von 43,5 Jahren. Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch beim weiblichen Geschlecht wider: Die mittlere Restlebensdauer der gleichaltrigen Brandenburgerinnen lag 1991 bei 48,0 Jahren bzw. gegenwärtig bei 50,0 Jahren.

Auch die Senioren und Seniorinnen unseres Landes werden immer älter. Hier betrug die Restlebensdauer der 65-jährigen Männer 1991 13,2 Jahre (1998: 14,3 Jahre) und die der Frauen 16,6 bzw. 18,0 Jahre.

Die 80-jährigen Brandenburger hatten 1991 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 85,7 Jahren; die Brandenburgerinnen von 87,0 Jahren. 1998 werden die betagten Senioren im Mittel 86,2 Jahre und die Seniorinnen 87,7 Jahre. Damit erhöhte sich in dem Zeitraum 1991 bis 1998 die Lebenserwartung dieser Altersgruppe bei den Männern um ein halbes Jahr und bei den Frauen um ein dreiviertel Jahr.

1991 erlebten 68 Prozent der männlichen Bevölkerung des Geburtsjahrganges 1926 ihren 65. Geburtstag; 1998 waren es 75 Prozent des 33er Jahrganges. Bei den Frauen waren es 85 Prozent und gegenwärtig 88 Prozent.

Ein Viertel der 1911 geborenen Männer erlebten 1991 ihren 80. Geburtstag, bei Frauen die Hälfte. 1998 waren vom Geburtsjahrgang 1918 bei den Männern ein Drittel und bei den Frauen fast 60 Prozent achtzig geworden.

Die Altersstruktur spiegelt sich im **Altenlastquotienten** wider. Der **Altenlastquotient** ist das Verhältnis der über 65-jährigen Bevölkerung zur Altersgruppe 20 bis unter 65 Jahre.

1990 kamen auf 100 Erwerbsfähige im Alter von 20 bis unter 65 Jahre 20 Senioren, im Jahr 2015 werden es 32 sein.

Jahr	Altenlastquotient
1990	19,6
1991	19,8
1992	19,9
1993	20,3
1994	20,7
1995	21,3
1996	21,7
1997	22,1
1998	22,4
2000	24,1
2005	29,1
2010	31,1
2015	32,4
1998 gegenüber 1990	+2,8

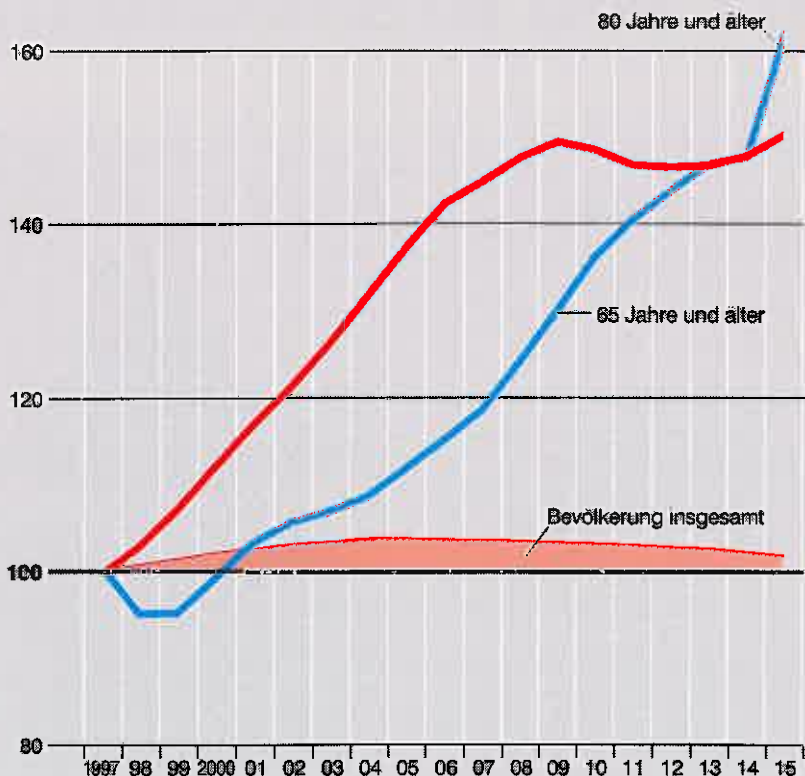
Das Verschieben der **Altersstruktur** und der damit verbundene Anstieg des Durchschnittsalters wird sich auch in der Zukunft fortsetzen. Das ergeben die neu-

esten Untersuchungen der aktuellen Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg, die gemeinsam vom Landesumweltamt und dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg auf der Basis 31.12.1997 herausgegeben wurde.

1997 waren 14 Prozent der Brandenburger Bevölkerung 65 Jahre und älter. Bei den einzelnen Verwaltungsbezirken gibt es Schwankungen zwischen fast 12 Prozent in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) und 16 Prozent in den Landkreisen Elbe-Elster und Prignitz.

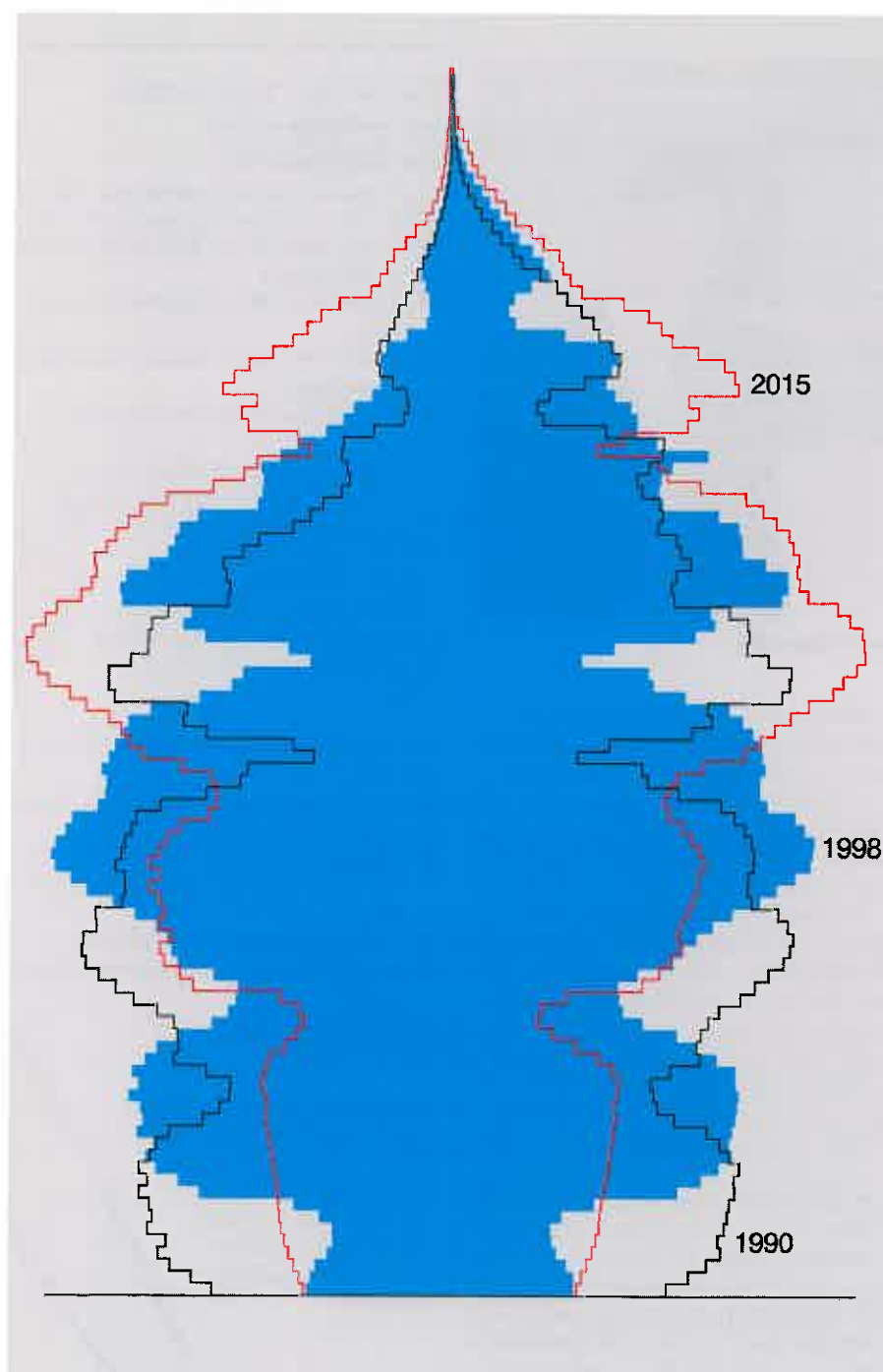
Im Jahr 2015 werden 20 Prozent dieser Altersgruppe angehören (engerer Verflechtungsraum 19 Prozent; äußerer Entwicklungsraum 22 Prozent). Den höchsten Anteil mit fast 25 Prozent hat die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel zu erwarten. Das ist gleichzeitig der höchste Anstieg im Prognosezeitraum mit fast 10 Prozentpunkten. Mit dem niedrigsten Anteil wird im Landkreis Potsdam-Mittelmark mit 18 Prozent (geringster Anstieg um 4 Prozentpunkte) gerechnet.

Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 1997 bis 2015 (1997 = 100)



Veränderung ausgewählter Altersgruppen der Bevölkerung im Land Brandenburg 2015 gegenüber 1997

Merkmal	65 Jahre und älter		80 Jahre und älter	
	1 000 Personen	Prozent	1 000 Personen	Prozent
	+ 180,4	+ 50,2	+ 48,7	+ 62,4
davon				
engerer Verflechtungsraum	+ 98,1	+ 87,7	+ 20,5	+ 81,1
äußerer Entwicklungsraum	+ 82,3	+ 33,2	+ 28,2	+ 53,5



Lebensbaum 1990/1998/2015

Ein sicheres Ergebnis der Prognose ist das Aufzeigen der demografischen Alterung im Land Brandenburg. Diese Entwicklungstendenz unterscheidet sich kaum von der anderer Bundesländer. Starke infrastrukturelle und finanzielle Konsequenzen sind durch den kontinuierlichen Anstieg der Personenzahl im Rentenalter zu erwarten. Leben zurzeit 359,6 Tsd. Personen im Land Brandenburg, die 65 Jahre und älter sind, so wird deren Zahl bis 2015 auf über eine halbe Million anwachsen. Der absolute Anstieg um 180,4 Tsd. Personen im Seniorenalter (50,2 Prozent) im Land betrifft das Umland von Berlin und den äußeren Entwicklungsraum in ähnlicher Größenordnung.

Relativ macht sich dieser Zuwachs im flächenmäßig kleineren Umland allerdings viel deutlicher bemerkbar. So wird sich die Personenzahl im Seniorenalter bis 2015 gegenüber 1997 hier nahezu verdoppeln, während der Zuwachs im äußeren Entwicklungsraum nur ein Drittel ausmacht.

Das bedeutet, dass sich der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe von ca. 14 Prozent auf 20 Prozent im Land bis 2015 erhöht, darunter im Umland von 13 auf 19 Prozent und im äußeren Entwicklungsraum sogar von 14 auf fast 22 Prozent.

Durch die steigende Lebenserwartung wird sich auch die Zahl der über 80-jährigen Senioren im Land erhöhen. Gehörten 1997 noch 78 Tsd. Personen dieser Altersgruppe an, so werden es am Ende des Prognosezeitraumes voraussichtlich 126 Tsd. Personen sein. Das heißt, dass von den im Land Brandenburg lebenden Senioren im Jahr 2015 jeder Vierte 80 Jahre und älter sein wird.

Der Alterungsprozess der Brandenburger Bevölkerung wird zukünftig schneller voranschreiten. Das **Durchschnittsalter** steigt von 40 im Jahr 1997 auf 46 Jahre im Land Brandenburg bis 2015.

1997 hatte das höchste Durchschnittsalter mit 41,5 Jahren die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel zu verzeichnen. Am jüngsten war man in Frankfurt (Oder) mit 38,5 Jahren. 2015 wird mit 48 Jahren die Prignitz an der Spitze liegen und Frankfurt (Oder) mit 44 Jahren weiterhin das geringste Durchschnittsalter aufweisen. Den stärksten Alterungsprozess im Prognosezeitraum um fast 8 Jahre wird es in der Uckermark geben; den geringsten um 4 Jahre in der Landeshauptstadt.

Angelika Lötke

Das Landesverwaltungsnetz –
Chancen für eine bürgernahe Verwaltung

Die Informationen sollen laufen, nicht der Bürger!

Informationsfreiheit und Datenschutz – unter diesem Titel veranstaltete erstmals der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Dr. Alexander Dix, am 25./26. Oktober 1999 in Potsdam ein Internationales Symposium. Zur Eröffnung dieser wissenschaftlichen Tagung hob er die Bedeutung des Brandenburgischen Akteneinsicht- und Informationszugangsgesetzes für die Entwicklung einer zivilen Informationsgesellschaft hervor. Brandenburg habe als erstes Land der Bundesrepublik ein wichtiges Anliegen der Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR aufgegriffen und zugleich den Anschluss an die internationale Rechtsentwicklung hergestellt. Ausgehend von dieser Maxime berichtete der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Claus-Henning Schapper, über Pläne für ein allgemeines Informationszugangsgesetz auf Bundesebene. Internationale Gäste, u.a. aus Japan, Kanada, USA referierten über bestehende rechtliche Regelungen zur informellen Selbstbestimmung der Bürger, zum Anspruch auf Akteneinsicht und Informationszugang sowie zur Informationsverbreitung bzw. Offenlegung von Verwaltungsunterlagen in ihren Ländern. In den Diskussionsbeiträgen der referierenden Beauftragten für Datenschutz der Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin wurden im Zusammenhang mit dem Informationszugsrecht der Bürger vor allem die Beachtung grundrechtlicher Aspekte und die Schaffung eines bürgerfreundlichen Informationszugangsgesetzes hervorgehoben. Bürgerfreundlicher Datenschutz und Informationsfreiheit sollten u.a. auch dahin gehen, dass durch Einwilligungs- und Widerspruchsverfahren eine weitgehende Einbindung der Betroffenen erfolgt. Dies würde auch durch die Informationsangebote und -pflichten der Verwaltung unterstützt werden. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen, die den Informationszugang zu

Verwaltungsunterlagen für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, stand auch die technisch-organisatorische



Arend Steenken

und verfahrensrechtliche Sicherung der Informationsvermittlung zur Diskussion. Hierzu wurden u.a. erste Erfahrungen und Pionierleistungen auf dem Gebiet des elektronischen Informationszuges an Verwaltungsunterlagen aus dem Land Brandenburg vermittelt. So informierte der Direktor des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Arend Steenken, über den Aufbau eines Landesverwaltungsnetzes, das einen modernen Informations- und Kommunikationsaustausch zwischen den öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen gewährleistet. Zurzeit befindet es sich in der letzten Ausbaustufe. 300 Landesbehörden, alle Landkreise und kreisfreien Städte sowie einige Kommunen sind angeschlossen. Welche Chancen die Nutzung des Landesverwaltungsnetzes bei der Schaffung einer bürgernahen Verwaltung – auch im Hinblick auf das eingangs genannte Brandenburgische Akteneinsicht- und Informationszu-

gangsgesetz – bietet, soll folgende Kurzfassung des Referats von Arend Steenken verdeutlichen:

Die richtige Information zur richtigen Zeit am richtigen Ort

Das Land Brandenburg errichtete und betreibt das Landesverwaltungsnetz zwischen den öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen um

- den Informationsaustausch zu ermöglichen,
- im Netz verfügbare Dienste zugänglich zu machen und
- zentrale Übergänge bereitzustellen.

Die heutigen und zukünftigen Nutzer des Landesverwaltungsnetzes sind Ministerien, obere und untere Landesbehörden, Verwaltungen der Landkreise, Kommunalverwaltungen und private Nutzer, die über das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik einen zentralen Zugang erhalten.

Die angebotenen Dienste und Anwendungen sind:

- Bürokommunikation (GroupWise, Elektronische Mail, FAX),
- Internet und Intranet (World Wide Web, Brandenburg online, Brandenburg intern)
- Datensicherung und Archivierung
- Konvertierung elektronischer Dokumente
- Telefonieren über das LVN
- Wohngeld

Das Netz dient dem Austausch von Daten, Bildern, Grafiken, Tönen, Filmen und Sprache. Das strategische Ziel ist: Die richtige Information zur richtigen Zeit am richtigen Ort verfügbar zu haben.

Die Bereitstellung und Nutzung der technischen Möglichkeiten macht nur Sinn, wenn die Effizienz der Verwaltung erhöht wird. Somit ist diese moderne Informationstechnologie eine Chance, um die Verwaltung zu modernisieren. Mit der Telekommunikations- und Informationstechnik des Landesverwaltungsnetzes werden folgende Modernisierungen erreicht:

- **Arbeitsplätze modernisieren**
Prozesse rationalisieren
Aufgaben ganzheitlich bearbeiten
Bearbeitung und Verantwortung verbinden
Hierarchieebenen entlasten
- **Verteilte Standorte verbinden**
Behörden mit Behörden
Behörden mit Außenstellen
landesweite Kommunikation
länderübergreifender Informationsaustausch
- **Verteilte Informationen erschließen**
Datenbanken
Internet-/Intranet-Dienste

Welchen Nutzen bringen diese Veränderungen?

Verwaltungsintern:

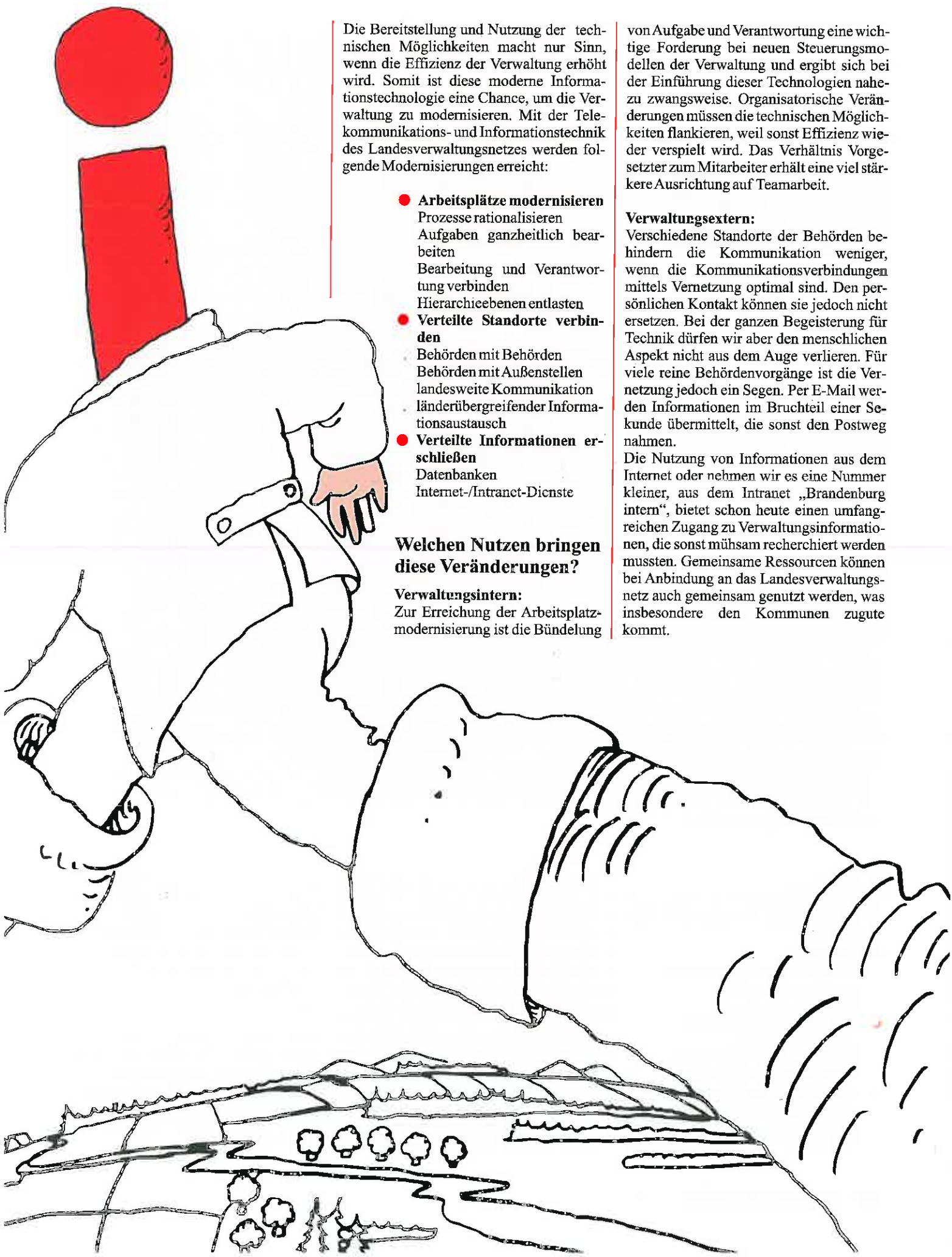
Zur Erreichung der Arbeitsplatzmodernisierung ist die Bündelung

von Aufgabe und Verantwortung eine wichtige Forderung bei neuen Steuerungsmodellen der Verwaltung und ergibt sich bei der Einführung dieser Technologien nahezu zwangsweise. Organisatorische Veränderungen müssen die technischen Möglichkeiten flankieren, weil sonst Effizienz wieder verspielt wird. Das Verhältnis Vorgesetzter zum Mitarbeiter erhält eine viel stärkere Ausrichtung auf Teamarbeit.

Verwaltungsextern:

Verschiedene Standorte der Behörden behindern die Kommunikation weniger, wenn die Kommunikationsverbindungen mittels Vernetzung optimal sind. Den persönlichen Kontakt können sie jedoch nicht ersetzen. Bei der ganzen Begeisterung für Technik dürfen wir aber den menschlichen Aspekt nicht aus dem Auge verlieren. Für viele reine Behördenvorgänge ist die Vernetzung jedoch ein Segen. Per E-Mail werden Informationen im Bruchteil einer Sekunde übermittelt, die sonst den Postweg nahmen.

Die Nutzung von Informationen aus dem Internet oder nehmen wir es eine Nummer kleiner, aus dem Intranet „Brandenburg intern“, bietet schon heute einen umfangreichen Zugang zu Verwaltungsinformationen, die sonst mühsam recherchiert werden mussten. Gemeinsame Ressourcen können bei Anbindung an das Landesverwaltungsnetz auch gemeinsam genutzt werden, was insbesondere den Kommunen zugute kommt.





Landesverwaltungsnetz LDS BB

Für den Bürger:

Die Verwaltung bleibt für den Bürger nicht der Moloch hinter verschlossenen Türen und bietet:

- **Offenheit**
einfacher Informationszugriff
transparente Prozesse
Informationszugewinne
- **effizienteren Behördengang**
gezielte Vorbereitung
elektronische Kommunikation
Zeitersparnis/ Kostenersparnis
- **Arbeits- und Qualifikations-Service**
elektronische Stellenvermittlung
gezielte Qualifikationsvermittlung
Wahrung der Anonymität

Die Verwaltung wird also für den Bürger transparent in ihrem Handeln. Der Beginn ist sicher die Information über Öffnungszeiten, Ansprechpartner, notwendige Unterlagen und die zu verwendenden Formulare. Ein effizienter Behördengang ist nur möglich, wenn alle erforderlichen Unterlagen mitgebracht werden. Diese Informationen können über das Internet abgerufen werden. Das ist keine Zukunftsmusik, sondern in vielen Städten und Ämtern bereits Realität. Zum Teil werden auch die auszufüllenden Formulare mit angeboten. Fragen können per E-Mail gestellt werden und so sind beim direkten Behördengang die meisten Formalitäten bereits erledigt.

Bereits heute können im Arbeitsamt und über Internet freie Stellen, Qualifikationsmöglichkeiten und -anbieter abgefragt werden. Dabei muss bei der Abfrage kein Grund für das Interesse angegeben werden und es ist keine dritte Person dazwischengeschaltet, der man sich offenbaren muss.

Eine bürgerfreundliche Verwaltung in einem großen Flächenland wie Brandenburg ist erst dann möglich, wenn der Informationsaustausch durch ein Datennetz gewährleistet wird. Kurz auf den Nenner gebracht: „Die Informationen sollen laufen, nicht der Bürger!“

Für die Verwaltungen selbst ergeben sich ebenso Vorteile:

- Die interne Kommunikation wird verbessert, weil die Informationen schneller und gezielter vom Sender zum Empfänger gelangen. Die Kosten werden geringer, weil die Post mit ihren Portogebühren inzwischen die teuerste Transportvariante ist und Zeit ist schließlich auch Geld. Mehr und gezieltere Information führt auch zu besseren Ergebnissen. Allein schon die Beteiligung von mehreren Personen an einem Vorgang erforderte in der herkömmlichen Weise viel Zeit und schreckte ab. Heute können per Knopfdruck viele beteiligt werden, wobei die Einarbeitung der vielen Meinungen bleibt. Es ist aber auch Fakt, wer beteiligt wurde trägt das Ergebnis dieses Prozesses viel eher mit, als jemand, der vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Aber auch Kommunikationsverluste, die bei der mündlichen Weitergabe von Informationen unvermeidlich sind, werden ausgeschlossen. Nahezu trivial klingt es, wenn Dokumente nicht mehrfach geschrieben werden müssen. Vor zehn, fünfzehn Jahren war der Anteil der Schreibarbeiten doch sehr hoch und deshalb gab es spezielle Schreibkräfte. Heute sind solche Stellen in Reinkultur kaum noch anzutreffen. Im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik sind all diese Stellen schon seit Jahren Mischarbeitsplätze.
- Die Beschleunigung der Verfahren, als Vorteil sowohl für die Verwaltungen als auch für private Nutzer, ist insbesondere für die Statistik von Bedeutung. Optimal wäre folgende Vorstellung: Ein Auskunftspflichtiger zieht die Zahlen, die er an die Statistik melden muss aus seinem sowieso vorhandenen Datenbestand (Buchhaltung, Lagerhaltung) und schickt sie per Datenleitung an das Landesamt. Hier werden die Daten aller Auskunftspflichtigen zu Aggregaten zusammengefasst und in Zusammenhänge gestellt. Die Datenwünsche der Kunden sind in Prozeduren abgelegt und nach Freigabe des Datenbestandes erhalten unsere Kunden ihre Daten per Datenleitung. Erste Schritte auf diesem Weg sind bereits realisiert, aber das ist nicht Thema des Symposiums.
- Verfahrensbeschleunigung und Produktivität hängen natürlich eng zusammen. Als Beispiel sei hierfür das Wohngeld genannt, das für eine beträchtlich hohe Anzahl von Bürgern in Anspruch genommen wird. Das Wohngeldverfahren läuft als zentrales Verfahren im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, das für alle Wohngeldstellen die Zahlbarmachung gegenüber der Lan-



Von links nach rechts: Prof. Shizuo Fujiwara, Arend Steenken, Dr. Hans-Jürgen Lemle, Dr. Robert Gellman, Prof. David H. Flaherty.

deshauptkasse vornimmt. Alle Wohngeldstellen erhalten Programmänderungen aufgrund von geänderten gesetzlichen Grundlagen vom LDS BB. Soweit die Zentralisierung. Die Wohngeldstellen sind die Ansprechpartner für die Bürger/innen und können vor Ort Auskunft über das zu erwartende Wohngeld und den Stand der Bearbeitung geben.

- Die Zusammenarbeit von Landes- und Kommunalverwaltung wird durch den Informations- und Kommunikationsverbund gestärkt. Wir sind in der Lage Ressourcen besser zu nutzen. Das Beispiel Wohngeld steht auch für diese Zusammenarbeit. Im Sinne des Bürgers müssen die Prozesse so gestaltet sein, dass die Bürokratie auf das notwendige Maß zurückgefahren wird.

Rahmenbedingungen erfordern Gesetze

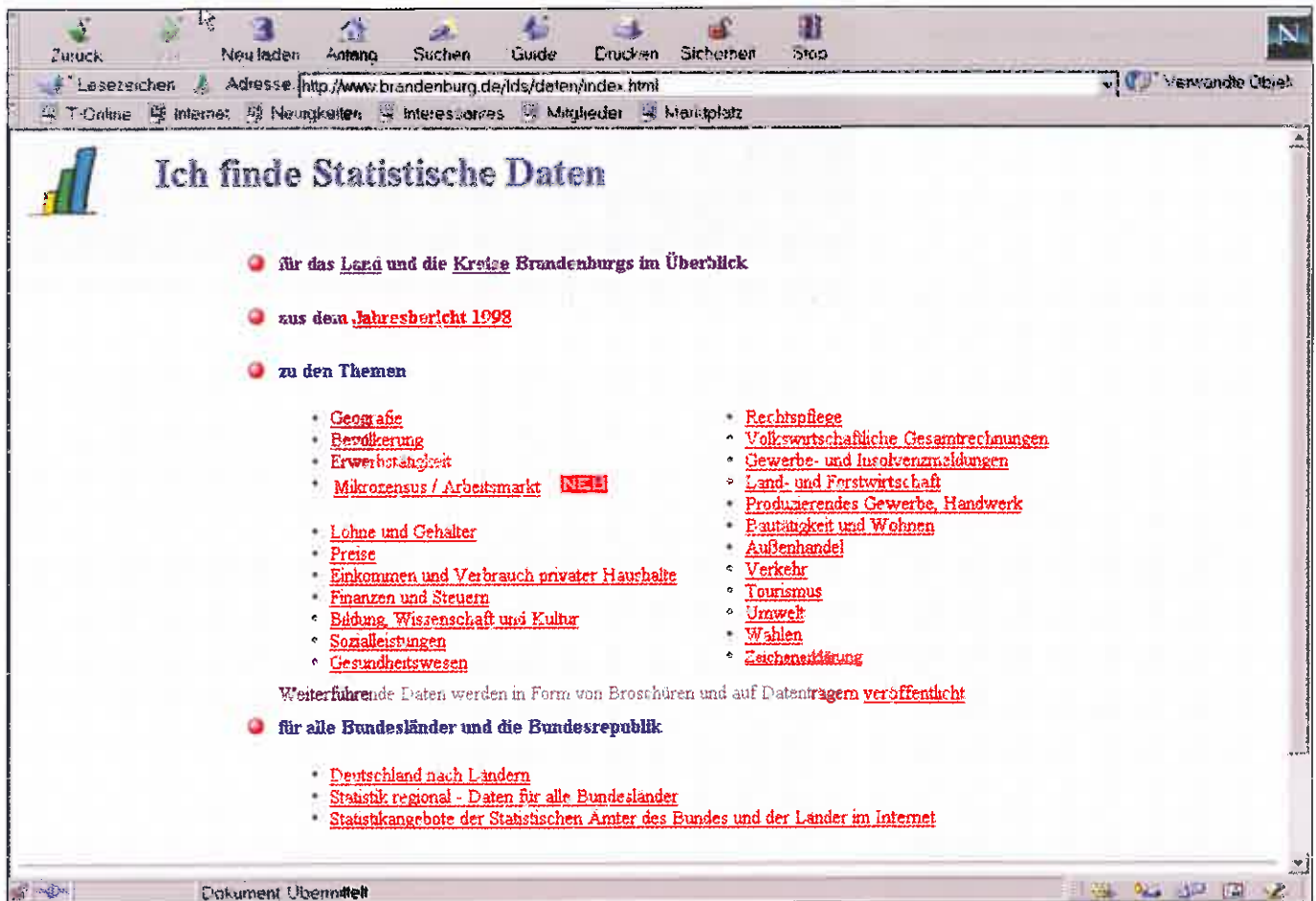
Bei den tangierenden organisatorischen Rahmenbedingungen einer bürgernahen Verwaltung ist der Gesetzgeber gefragt. Die modernen Technologien müssen Einzug halten in die Einzelgesetze und den Datenschutz. Oft gelten die Behörden und der Datenschutz als hinderlich bzw. als Verhinderer von Fortschritt. Aber in vielen Fällen schafft erst die gesetzliche Grundlage den erforderlichen Spielraum. Der Anstoß für die Veränderungen muss daher von uns kommen. Wir müssen sagen, welche Rahmenbedingungen wir für die fortschrittliche Verfahren benötigen. Auch wenn es unbequem ist, wir müssen sie fordern, sonst wartet noch in Jahrzehnten Einer auf den Anderen. Stellen wir uns doch selbst die ehrliche Frage nach dem Spielraum der bestehenden Gesetze, so werden wir feststellen, dass uns eventuell gar nicht die Gesetze, sondern unsere selbst erlassenen Verwaltungsrichtlinien einschränken. Hier muss eine kritische Analyse erfolgen, um die Hürden zu erkennen. Die Frage heißt also nicht Behördenarbeit und Datenschutz oder Fortschritt, sondern es geht meiner Meinung nach darum, die Arbeit mit fortschrittlichen Mitteln zu praktizieren. Bereits heute kann ich empfehlen, den Datenschutz von vornherein in die Überlegungen zu integrieren und bei der

Realisierung zu berücksichtigen. Unsere Erfahrungen mit dieser Vorgehensweise sind hervorragend und deshalb nutze ich die Gelegenheit, um mich bei Herrn Dr. Dix und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Wir, das LDS, stehen den öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen mit technischen Lösungen zur Seite. Bündeln wir unsere Kräfte, unser Wissen und unsere Erfahrungen im Interesse unseres gemeinsamen Ziels, der bürgernahen Verwaltung.

Ein weiteres Beispiel zur bürgernahen Verwaltung vermittelte Dr. Hans-Jürgen Lemle aus der Stadtverwaltung Rathenow. Um den Bürgern einen besseren Service anzubieten, hat Rathenow 1997 Bürgerbüros eingerichtet, die an das Landesverwaltungsnetz angeschlossen wurden. Im selben Jahr hatte sich Rathenow bei der EU um Fördergelder mit dem Projekt „NetCity“ beworben und ein Jahr später erfolgreich am Städtewettbewerb Media@Komm beteiligt. Ziel dieser Initiativen ist es, durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien – neben einem verbesserten Serviceangebot – die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen. Dadurch sollen Innovationsimpulse vermittelt, die ländliche Umgebung mit der Stadt vernetzt und in dem strukturschwachen Raum eine Basis für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zur Verbesserung des Verwaltungshandelns soll insbesondere die für Januar 2000 vorgesehene elektronische Akteneinsicht beitragen. Diese Form der Akteneinsicht ermöglicht Bürgern, Interessengruppen und Verbänden unabhängig von Ort und Zeit in Verwaltungsunterlagen Einblick zu nehmen, auf die gemäß Brandenburgischem Akteneinsichtsrecht oder anderen gesetzlichen Regelungen Zugriff genommen werden kann. Diese Form der Akteneinsicht hat nicht nur im Land Brandenburg, sondern darüber hinaus für Deutschland Pilotcharakter.

Regina Rothe



Statistische Daten im Internet

Die moderne Gesellschaft ist geprägt durch ein Überangebot an Informationen. Durch Presse, Rundfunk und Fernsehen erreichen uns täglich mehr Informationen, als wir verarbeiten können. In den vergangenen Jahren wurde dieses Angebot ergänzt und erweitert durch ein neues, weltumspannendes Medium – das Internet. Für die Gesellschaft als Ganzes und für den Einzelnen entsteht damit das Problem, aus dieser Vielzahl die notwendigen, allseitigen und verlässlichen Informationen herauszufiltern. Daten der amtlichen Statistik bilden dabei eine wichtige Grundlage.

Neben vielfältigen traditionellen Formen der Veröffentlichung statistischer Daten in Statistischen Jahrbüchern, in Statistischen Berichten und Reihen, in Fachzeitschriften und Monographien, durch Faltblätter und Pressemitteilungen, nutzte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) schon relativ frühzeitig auch das Medium Internet.



Einrichtung eines Internetangebots

Erste Erfahrungen wurden bereits 1991 durch die Präsentation statistischer Daten auf den BTX-Seiten gesammelt. Das LDS BB veröffentlichte hier ein im Rahmen der Statistischen Landesämter abgestimmtes Angebot ausgewählter Grunddaten. Die technischen Möglichkeiten schränkten aber die Darstellung stark ein. Tabellen waren in Spalten- und Zeilenzahl begrenzt, Texte mussten kurz sein, Grafiken waren nur in sehr primitiver Form („Klötzchengrafik“) darstellbar. Hinzu kam, dass Änderungen sehr aufwendig waren und damit die Aktualität der Daten stark eingeschränkt war. Anfang 1997 wurde deshalb entschieden, diese Form nicht mehr zu nutzen.

Als die Landesregierung Brandenburgs beschloss, eine eigene Internet-Homepage unter der Adresse www.brandenburg.de einzurichten, um einem breiten Kreis von Interessenten die in der Landesverwaltung vorliegenden Informatio-

nen zu erschließen und neue Formen der Kommunikation zwischen Bürger und Landesverwaltung zu eröffnen, wurde die technische Realisierung dem LDS BB übertragen. Daher war auch als eine der ersten Landesbehörden das LDS BB in diesem Angebot vertreten (www.brandenburg.de/lids).



Internetangebot des LDS BB

Statistische Daten waren von vornherein ein fester und wichtiger Bestandteil des Informationsangebots des LDS BB im Internet. Allerdings muss auch gesagt werden, dass die ersten Anfänge der Darstellung statistischer Daten noch in starkem Maße geprägt waren durch die langjährigen Erfahrungen mit den bereits erwähnten BTX-Tabellen. Neue Möglichkeiten der Darstellung wurden nur zögerlich genutzt. Im Endeffekt führte es dazu, dass die einzelnen Fachbereiche der Abteilung Statistik in sehr

unterschiedlichem Umfang im Datenangebot vertreten waren. Das bezog sich sowohl auf die Menge der angebotenen Daten als auch auf die Qualität der Präsentation.

Arbeitsgruppe „Internet/Intranet“ des LDS BB

Dieser wenig befriedigende Zustand führte nach einer Reihe von Diskussionen zur Bildung mehrerer Arbeitsgruppen, die sich mit der inhaltlichen und gestalterischen Präsentation des Internet-Angebotes sowie Fragen seiner technischen Umsetzung beschäftigten. Im Verlauf der Arbeit dieser Gruppen schälte sich immer stärker die Erkenntnis heraus, dass das Nebeneinander dieser Gruppen eher hinderlich als dem Anliegen dienlich war. Daher wurde in der zweiten Jahreshälfte 1998 eine einheitliche Arbeitsgruppe „Internet/Intranet“ gebildet. Diese Arbeitsgruppe bildete zwei Unterarbeitsgruppen (UAG), die UAG „Inhalte“ und die UAG „Technik“.

Die Arbeitsgruppe beschloss nach einer intensiven Klärungsdiskussion, alle an einen Tisch zu bringen, die im LDS BB mit Problemen der Internet-Arbeit befasst sind. Die wechselseitigen Verantwortlichkeiten sollten klar definiert und bewusst gemacht werden. Mitte April 1999 fand im Schulungszentrum Teltow des LDS BB diese Arbeitsberatung statt. Die große Zahl der Teilnehmer machte deutlich, in welchem starkem Maße das Thema „Internet“ die Arbeit des LDS BB in den letzten Jahren durchdrungen hat. Gleichzeitig wurde aber auch sichtbar, dass es teilweise Überschneidungen von Verantwortlichkeiten gab, während andererseits wichtige Fragen in ihrer eindeutigen Zuordnung nicht geregelt waren. Im Ergebnis der Beratung wurde ein Vorschlag für die Verantwortlichkeiten des Prozesses erarbeitet. Parallel dazu entstand eine Konzeption der umfassenden Neugestaltung des Internetangebotes des Landesamtes (Brandenburg-Online), seiner Ergänzung und Erweiterung im Intranet, d.h. im internen, nur über das Landesverwaltungsnetz (LVN) zugänglichen Teil des Intranets (Brandenburg-intern) sowie des behördeninternen Netzes des LDS BB (LDS-intern).

Neukonzeption

Der Vorschlag und das Konzept wurden in einer Informationsveranstaltung Mitte Mai 1999 einem größeren Kreis verant-

wortlicher Mitarbeiter des LDS BB vorgestellt und fanden dort deren Billigung. Wesentlicher Bestandteil der Neukonzeption war, das Angebot statistischer Daten grundlegend zu überarbeiten. Dabei sollte von vornherein das Ziel verfolgt werden, ein Angebot zu entwickeln, das die breite Vielfalt der durch die amtliche Statistik erhobenen Daten möglichst gut widerspiegelt. Eine weitere Prämisse war, dem interessierten Nutzer ein Angebot zu präsentieren, das bei Recherchen in den Angeboten verschiedener Statistischer Landesämter **vergleichbare Daten** liefert. Von diesen Voraussetzungen her bot sich an, das Basisdatenangebot des Statistischen Bundesamtes (www.statistik-bund.de/basis/bd_ueber.htm) als Vorbild der Gestaltung und Gliederung zu nutzen. Für die Umsetzung wurde ein **Arbeits- und Zeitplan** beschlossen, der das ehrgeizige Ziel verfolgte, das neugestaltete Angebot innerhalb weniger Monate zu erarbeiten und erstmals zur Frankfurter Buchmesse der Öffentlichkeit vorzustellen. Dieser Plan wurde allen Dezernenten der Abteilung Statistik des LDS BB in einer Dienstberatung am 13.07.1999 vorgestellt. Gleichzeitig wurden exakte, durch die UAG „Inhalte“ erarbeitete Gestaltungsrichtlinien vorgegeben, die die Einheitlichkeit in der Darstellung der angebotenen statistischen Daten gewährleisten.

Gestaltungsrichtlinien

Diese Vorgaben lauteten:

- jeder Bereich wird in einen **Textteil** mit kurzen analytischen, definitorischen und/oder methodischen Ausführungen, einen **Tabellenteil** und (wenn sinnvoll und möglich) einen **Grafikteil** gegliedert,
- es werden die Angaben der drei letzten vorliegenden Jahre dargestellt,
- die Tabellen sollen auf einer auf einem 17-Zoll-Monitor darstellbaren Seite nach Möglichkeit nicht überschreiten (bei einer Auflösung von 800 x 600 Bildpunkten), um dem Nutzer ein Scrollen durch den Tabelleninhalt weitgehend zu ersparen,
- die Lieferung der Tabellenentwürfe und Texte erfolgt im Excel-(Tabellen) bzw. Word-Format (Texte) unter Nutzung des hauseigenen Netzes durch die Statistik-Dezernate an die Landesdatenverarbeitungszentrale des LDS BB. Dort erfolgt die Umset-

zung in das HTML-Format und das Einstellen in das Internet.

In der sich anschließenden Erarbeitungsphase zeigte sich, dass Modifizierungen der Gliederung und des Inhaltes gegenüber dem Basisdatenangebot des Statistischen Bundesamtes nur in sehr begrenztem Umfang erforderlich waren. Ferner war auch zu berücksichtigen, dass aus Gründen des **Datenschutzes** bei einer zu geringen Grundgesamtheit bestimmte Angaben auf Landesebene nicht veröffentlicht werden konnten. Dies betraf z.B. einige Angaben aus dem Bereich „Viehwirtschaft“.

Wie vorgesehen, konnte dank der enormen Anstrengungen aller Beteiligten pünktlich zur Frankfurter Buchmesse das neugestaltete Angebot der Öffentlichkeit präsentiert werden (www.brandenburg.de/lbs/daten). Es fand dort Aufmerksamkeit und Anerkennung des Fachpublikums.

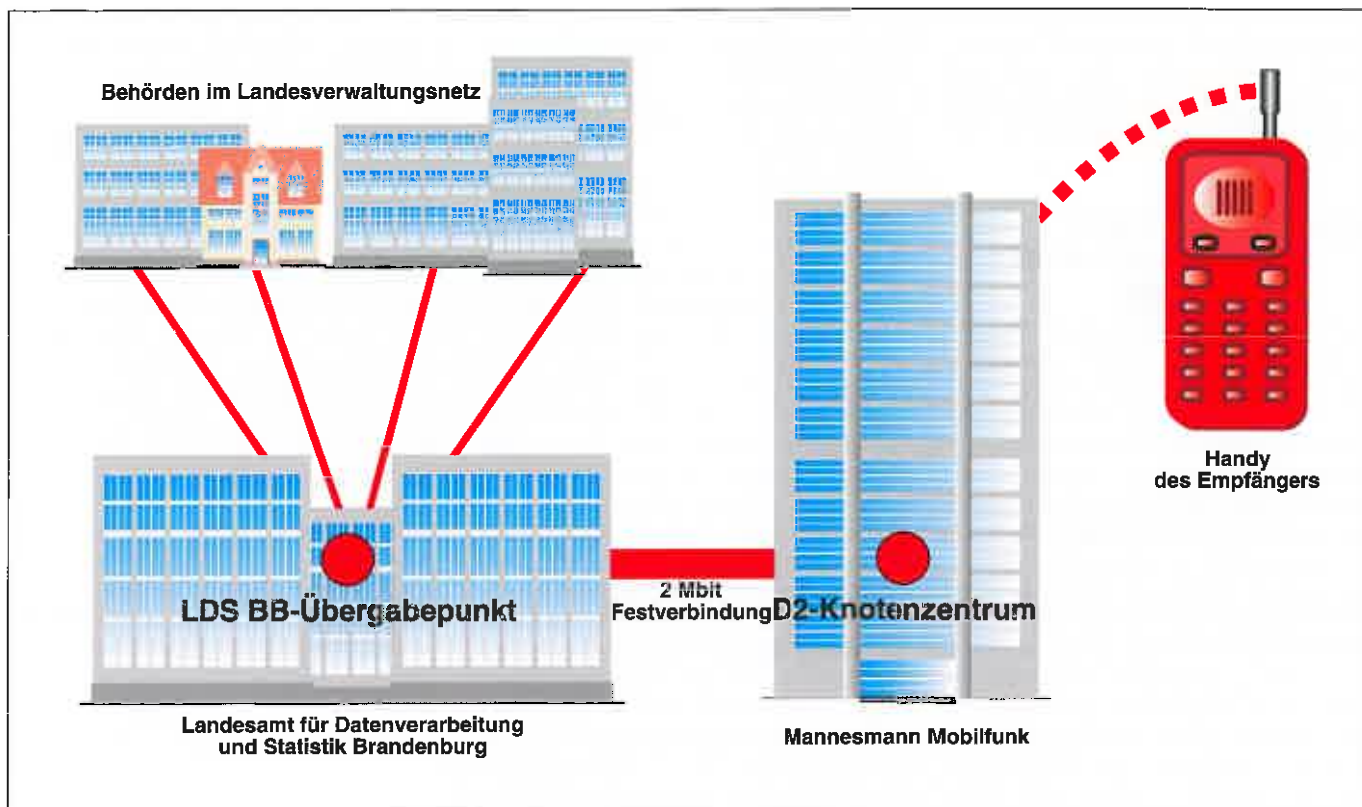
Aussichten

In der Zukunft ist vorgesehen, dieses Angebot statistischer Daten **auszubauen und zu erweitern**. Dies soll zum einen durch eine noch **stärkere regionale Untergliederung** des jetzt weitgehend auf Landesergebnissen basierenden Angebotes geschehen. Zum anderen ist dort, wo es möglich ist, auch eine weitere **Untergliederung der Jahresdaten** in Monats- und Quartalsangaben vorgesehen.

Perspektivisch soll die gegenwärtig trotz Unterstützung durch moderne Computertechnik noch weitgehend manuelle Erarbeitung und Aktualisierung des Datenangebotes abgelöst werden durch eine weitgehend **automatisierte Erstellung unter Nutzung von Datenbankroutinen**.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg betrachtet sein neugestaltetes Internet-Angebot als einen Diskussionsbeitrag zur Nutzung dieses Mediums für eine möglichst breite, umfassende und in die Tiefe gehende Information der Öffentlichkeit und jedes einzelnen interessierten Bürgers über die Ergebnisse der amtlichen Statistik. In diesem Sinne sind alle an diesem Projekt Beteiligten an Reaktionen zu diesem Angebot interessiert. Kritische Hinweise, die zu einer Verbesserung beitragen können, werden gerne entgegengenommen.

Uwe Seeger



Landesverwaltungsnetz: „Spar“-Tor zum Mobilfunk D2

Was eingeweihte Experten schon lange vermuteten, aus der „Bestandsanalyse Telekom-Designed-Network“ (TDN) des Landes Brandenburg geht es hervor: Telefonate mit Gesprächspartnern im Mobilfunknetz D2 verursachen in der Landesverwaltung Brandenburg einen großen Teil der monatlichen Telefongebühren. Das heißt, Gespräche von Telekommunikations (TK)-Anlagen aus, die in das Landesverwaltungsnetz Brandenburg (LVN BB) integriert sind, zum Mobilfunknetz D2.

Die Bestandsanalyse ergab, im April 1999 sprachen Mitarbeiter/innen von den Behörden des Landes ca. 80 000 Minuten mit Handy-Gesprächspartnern. Dadurch entstanden Kosten von 76 827 DM. Durch die Auflistung der Gespräche zu den Vorwahlnummern (0172 und 0173) ist bekannt, dass der überwiegende Teil der Gespräche zum D2-Netz geführt wurde. Um zukünftig den D2-Teil dieses Gebührenaufkommens einzusparen, muss ein

direkter Übergang vom LVN zum Mobilfunknetz D2 geschaffen werden. Die technische Umsetzung des D2-Gateways sieht folgendermaßen aus: Im Sprach-/Datenmultiplexer vom Typ DATUS 5810/85 des LDS BB in Potsdam wurde eine Baugruppe für eine Übertragungsrate von zwei Megabit Festverbindung installiert. Die Firma Mannesmann Mobilfunk schaltet im Dezember 1999 von diesem Übergabepunkt aus eine Festverbindung zu einem ihrer D2-Knotenzentren. Die Least-Cost-Routing-Tabellen (LCR) der Knoten im LVN wurden um die D2-Vorwahlen 0172 und 0173 erweitert. Diese LCR-Tabellen sorgen dafür, dass Anrufe aus dem LVN auf dem kostengünstigsten Weg zum Empfänger gelangen. Ruft jetzt ein Mitarbeiter über eine im LVN befindliche TK-Anlage eine D2-Nummer an, wird diese automatisch über das D2-Gateway gegeben. Durch diese Schaltung werden aus den bisherigen Telefongesprächen vom Festnetz zum D2-Mobilfunknetz we-

sentlich kostengünstigere Verbindungen. Hierbei entstehen dann für diese Verbindung nur noch Gesprächsgebühren in Höhe von 0,68 DM statt 0,96 DM bei Benutzung des Telekom-Netzes und das Land spart den Differenzbetrag von 0,28 DM je Gesprächsminute. Die monatlichen Mietkosten für das D2-Gateway amortisieren sich schon bei einem monatlich vermittelten Gesprächsaufkommen von 2566 Minuten. Die bisher angeschlossenen TK-Anlagen realisieren ein Gesprächsvolumen von ca. 11 780 Minuten zum Mobilfunknetz D2. Durch die Summe der Verbindungen werden Mittel eingespart, die dem Land Brandenburg zur Verfügung stehen. Das LDS BB zahlt Mannesmann die angefallenen Kosten. Die zur Abrechnung der D2-Gespräche benötigten Daten werden zusammen mit der Monatsabrechnung „Telefonate über das LVN“ dem LDS BB übergeben und werden den verursachenden Landesbehörden in Rechnung gestellt. *Jörg Strelow*



Corel Draw 8 (Kompendium)

Maite Borges; Andreas Rost, Roger Saß
Haar bei München: Markt und Technik, Buch- und Software-Verlag, 1030 Seiten
ISBN 3-8272-5365-9
Preis: 89,95 DM

Wer kennt dieses Problem nicht? Endlich ist das neue Programm da. Wie aber damit arbeiten?

Die Handbücher, ob gedruckt, auf CD oder als Hilfe ins Programm integriert helfen gerade bei komplexen Programmen nicht viel weiter.

Sie erklären zwar die einzelnen Funktionen des Programmes, aber das ist ja nicht das Problem vor dem man gerade steht. Was man braucht ist ein Ratgeber, der hilft die gerade vorhandene Aufgabe zu lösen. Auf dem Büchermarkt gibt es viele Verlage, die Hilfe anbieten. Aber nicht alle halten was sie versprechen. Anders in diesem Buch:

Zunächst werden in einem ersten Teil die Neuerungen und der grundsätzliche Funktionsumfang von Corel Draw 8 vorgestellt.

Als nächstes werden wichtige Grundlagen erläutert, die für ein effektives Arbeiten notwendig sind, so zum Beispiel der grundsätzliche Unterschied zwischen Bitmap- und Vektorgrafiken oder den unterschiedlichen Farbsystemen.

Anschließend werden Corel Draw und seine Zusatzprogramme recht genau und gut verständlich vorgestellt, einschließlich der neuen Zusatzprogramme, z.B. Corel Media Folder.

Ebenfalls enthalten sind einige, gut nachvollziehbare, Beispiele. Eine weitere lobenswerte Sache sind die im Farbteil des Buches abgebildeten Beispiele für Veränderungen eines Fotos mittels der verschiedenen Filter in PhotoPaint. Dies ist bei der Vielzahl der Möglichkeiten recht hilfreich.

Diese „Filter-Muster“ sowie die Arbeitsbeispiele und fertige Vorlagen befinden sich auf der zum Lieferumfang gehörenden CD.

Alles in allem handelt es sich bei diesem Buch um eine durchaus empfehlenswerte Sache, die ihrem Preis gerecht wird.



Wissenschaftliches Arbeiten mit Word: Formvollendete und normgerechte Examens-, Diplom- und Doktorarbeiten

Natascha Nicol, Ralf Albrecht
München: Addison-Wesley-Longman, 2000, 364 Seiten
ISBN 3-8273-1576-X
Preis: 49,90 DM

Bei diesem Titel mögen viele zuerst denken: Examensarbeit? Zum Glück vorbei. Aber dieses Buch ist nicht nur für den Studenten und Wissenschaftler geeignet.

All jene die regelmäßig Dokumente mit Word gestalten (müssen) kennen die Probleme:

- Wie gehe ich am effektivsten an die Gestaltung meines Dokumentes heran?
- Welche Standardeinstellungen sollte ich auswählen?
- Wie lege ich mir Dokumentenvorlagen am sinnvollsten an? Usw.

Die normalen Word-Dokumentationen helfen nicht viel weiter. Sie erläutern nur die Funktionen des Programmes, nicht aber deren sinnvolle Anwendung. Hier hilft dieses Buch weiter.

Es erklärt wesentliche Arbeitsschritte zum Erstellen eines Dokumentes, die fast jeder braucht, aber auch solche Dinge die nur einige benötigen, die aber trotzdem wichtig sind.

- Als erstes gibt das Kapitel „Grundlegendes zu Beginn“ einen Überblick über einige nützliche Word-Funktionen.
- Anschließend werden Sinn, Zweck und Verwendung von Formatvorlagen erläutert, sowie solche nützlichen Dinge wie Nummerierungen, Kopf- und Fußzeilen, Tabellengestaltung, Einfügen von Bildern u.a. behandelt.
- Im weiteren werden Tabellengestaltung, die Arbeit mit Bildern und Diagrammen, das Drucken und auch so spezielle Dinge wie mathematische und chemische Formeln behandelt.

Dieses Buch gehört mit seinen vielen Tipps und Anregungen zu den empfehlenswerten.



Statistisches Jahrbuch des Landes Brandenburg 1999

Das Statistische Jahrbuch des Landes Brandenburg gehört zu den aufwendigsten Publikationen des LDS Brandenburg und erfreut sich bei Lesern und Nutzern großen Interesses. Als komprimierteste Form statistischer Erkenntnisse, deckt es den unterschiedlichsten Informationsbedarf über Wissensgebiete wie u.a. Bevölkerung, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur ab. Das Buch kostet 40,00 DM und ist im Dezernat Öffentlichkeitsarbeit des LDS erhältlich.

Hier einige Schlagslichter des Jahrbuches. Sie zeigen die Vielfalt und Aussagestärke dieses Statistik-Standardwerkes.

- Brandenburg ist mit **29 476,45 km²** ein Flächenland. Knapp die Hälfte dieser Fläche, nämlich 14 712 km² sind Landwirtschaftsfläche, 10 305 km² Wald und rund 1 014 km² Wasserfläche. Das größte Gewässer ist mit 12,1 km² der Scharmützelsee. Der Anteil von Gebäude- und Freiflächen beträgt mit 1 213,26 km² nur rund 4 Prozent. Mit 154,47 km² hat die Uckermark die größte Wasserfläche eines Landkreises.
- **Weniger Gemeinden**
Am 31.12.1998 gab es durch Gemeindezusammenschlüsse oder -eingliederungen 76 Gemeinden weniger als zu Jahresbeginn. Am 31.12.1997 zählte man 1565 Gemeinden (darunter 4 kreisfreie Städte). 1998 waren es noch 1489 Gemeinden.
- Bei einer relativ konstant gebliebenen Zahl von **Eheschließungen** seit 1991 veränderte sich jedoch das **durchschnittliche Heiratsalter**. Heirateten die Männer 1990 noch mit 30 Jahren, lag das durchschnittliche Heiratsalter 1998 bei 35,5 Jahren. Bei den Frauen erhöhte es sich von 27,3 Jahren 1990 auf 32,6 Jahre im Jahr 1998.
- Als **beliebtester Hochzeitsmonat** lief 1998 der August dem Wonnemonat Mai den Rang ab. Der Zunahme bei den Eheschließungen steht aber auch ein Anstieg der Scheidungen gegenüber. 1990 gab es zum Vergleich 5282 Scheidungen. Dieses

Niveau ist nun wieder erreicht. In 71 Prozent der Fälle beantragten die Frauen die Scheidung.

- Eine **Zunahme der Geburten** seit 1994 (12 443) setzte sich auch im Jahr 1998 mit 17 146 Neugeborenen fort. Die meisten Babies wurden – wie im Vorjahr – in Potsdam-Mittelmark (1 319) und die wenigsten, nämlich 531, in Frankfurt (Oder) geboren. Mit der Veränderung des durchschnittlichen Heiratsalters zeigt sich auch eine Veränderung der altersspezifischen Geburtenziffer. So stieg das Alter der Mütter zum Zeitpunkt der Geburt an. Es bekamen mehr Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren ihre Babies. 1998 gab es in Brandenburg insgesamt **222 Mehrlingsgeburten**.
- Das **Wanderungsgeschehen** über die Grenzen Brandenburgs weist einen Gewinn von 26 265 Neubrandenburger aus (1997: 29 236). Für 1998 wurden 94 134 Zuzüge verzeichnet. Darunter befanden sich 47 923 Berliner (1997: 44 634). Somit war jeder zweite, der seine neue Heimat in Brandenburg fand, ein Berliner. Andererseits zogen 19 424 (1997: 17 283) Brandenburger in die Bundeshauptstadt. Damit lag Berlin erneut als Zuzugsort der Brandenburger an erster Stelle.
- Die größten regionalen **Wanderungsgewinne** verbuchten Potsdam-Mittelmark mit einem Plus von 8359 und der Landkreis Oberhavel mit 6243 Personen. Bevölkerungsverluste mussten alle vier kreisfreie Städte hinnehmen, sowie vor allem die Landkreise Oberspreewald-Lausitz (–1 742) und die Uckermark (–1 426).
- Der **Wohnungsbestand** Brandenburgs nahm von 1995 bis 1998 stetig zu. Mit dem 1998 erreichten Bestand von nunmehr 1,193 Millionen Wohnungen vergrößerte sich auch die Zahl der Räume sowie die Wohnfläche. Im Jahr 1998 wurden im Land Brandenburg 21312 Gebäude (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) fertiggestellt. Die bis dato höchste Zahl, 1994 waren es

vergleichsweise 10 757 Bauten.

- **Brandenburg entwickelt sich weiter zum wichtigen Tourismusland**
Bei Gästeankünften und -übernachtungen zeigte sich von 1992 bis 1997 ein stetiger Aufwärtstrend. Die größte Gruppe **europäischer Besucher** blieben wie im Vorjahr mit 17 186 Gästen die Niederländer. Unsere Nachbarn bedienten auch ausgiebig das Klischee der passionierten Wohnwagenfahrer: Mit 36,9 Prozent bildeten sie die größte Nutzergruppe von Brandenburgs Campingplätzen. Die **Gästezahl aus Übersee** wurde von den Touristen aus den USA mit 5 755 Personen angeführt. Sowohl die Zahl der **Beherbergungsstätten** wie auch das Bettenangebot nahmen bei verbessertem Ausstattungstandard zahlenmäßig stetig zu.
- **Land- und Forstwirtschaft mit Rekorden und positiven Entwicklungen**
Erstmals wurde 1998 in Brandenburg von mehr als 1 000 Hektar **Spargel** geerntet (1 087 ha). Der Hektarertrag lag mit 42,4 dt/ha auf Rekordniveau. Im Bundesvergleich liegt Brandenburg an vierter Stelle nach Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen.
In Brandenburg finden wir auch die größte Roggenanbaufläche aller Bundesländer: 256 300 ha, das entspricht 27,4 Prozent der Gesamtanbaufläche.
- Der märkische Wald gesundet zunehmend. Der Anteil geschädigten Waldes ging weiter zurück.
- Die **Schülerzahl** an den allgemein bildenden Schulen ist von 397 983 Schülern des Schuljahres 1997/98 auf 380 802 im Jahr 1998/99 erneut gesunken. Analog waren auch die Klassenfrequenzen rückläufig.
- **Brandenburg im Ländervergleich** (am Ende des Buches)
Nach Mecklenburg-Vorpommern (78 Einwohner je km²) ist Brandenburg das dünnbesiedeltste Bundesland. Zum Ende des Jahres 1997 wohnten nur 87 Menschen auf einen km². Zum Vergleich: In Berlin müssen sich 3 846 Bürger einen km² teilen.